

# BÄCKER-ZEITUNG

Offizielles Organ  
des Verbandes der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands  
(Sitz Hamburg 1), Biesenbinderhof 57, "Gewerkschaftshaus".

Offizielles Organ  
der Zentral-Kranken- und Sterbe-Kasse der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands  
(Sitz Dresden), Liliengasse 12.

## Verbandsmitglieder!

Die nächste Nummer dieses Blattes wird zur Agitation in Massenauslage erscheinen und in genügender Zahl an die Mitgliedschaften und Einzelmitglieder des Verbandes ver- sandt werden. Sorgt überall für planmäßige Verbreitung und werbet dabei neue Mitglieder für unsere Organisation.

Der Verbandsvorstand.

## Der gelbe Schwindel.

In Nr. 2 dieses Blattes haben wir den Schwindel, die Korruption und Käuflichkeit der Gesinnung im Bunde der Gelben, dem Bunde der Streikbrecher, veröffentlicht.

Der ehrlich denkende Kollege wendet sich ob solcher Gesinnungsbündner mit Eifer von dem gelben Gesindet hinweg.

Heute sind wir in der Lage, den öllen ehrlichen Seemann, den "anständigen" Hartmann unseren Kollegen mal in seiner ganzen Glorie zu zeigen.

Der Verlag des Herrn Hartmann in Berlin gibt unter dem Titel "Bäcker- und Konditor-Gehilfe" ein Blättchen, unter seinen Kollegen als "die Letzteren" bekannt, heraus, um darin für alte Schmäler und Ladenhälter seines Verlages, genannt Bäckerbücher denen es am nötigen Ab- jah schlicht gehörig Stellung zu machen und nebenbei durchsehnen Tatsach die Bäckergehilfen ihrer Gemeinschaft entfremden und sie wieder unter die Gruppe der Innungen und allgemeine Verdunstung entgegenführen zu wollen. Das ist dem Mann sein Geschäft und darüber ein anderer Seemann, ist nicht er seine Mutter? Aber natürlich nicht und, sondern es wird in diesem Blättchen den Bäckergehilfen vorgeschwindelt. Daselbe sei ebenso wie der gelbe Bund ganz unabhängig von den Arbeitgebern.

Nun haben wir erst kürzlich durch ein Circular des "anständigen" Hartmann an die Innungen, das wir abdrucken, festgestellt, wie dieser Geschäftsmann die Innungs- vorstände anbettelt, in die von unserer Seite eingetragenen Versammlungen zu gehen und dort unter den Schülern Seemann für dieses Blättchen zu machen.

Heute liegt uns nun folgender gedruckte Bettelbrief des Herrn Hartmann, der an die Bäckerinnungen verhandt wird, auf den Reaktionär:

"Innungen bezw. Obermeister,

welche das Fachblatt

"Deutscher Bäcker- und Konditor-Gehilfe"

abonnierten und dadurch dessen handwerkschaffende Bestrebungen, teils unter sehr günstiger Beurteilung, unterstützten:

Stand 20. 12. 06.

	Exempl.		Exempl.
Magdeburg	257	Bernburg	6
Breslau	210	Zwickau i. S.	5
Kiel	120	Dresden	5
Bochum	110	Ulm i. W.	5
Erfurt	70	Dresden	4
Leipzig	60	Chemnitz	4
Steglitz-Berlin	40	Augsburg	4
Gießen	30	Harburg	4
Kürtenwalde	30	Berlin Germania*	3
Berlin Concordia*	25	Wittenberge	3
Mannheim	18	Gneisenau	3
Stralsund	14	St. Johann	3
Bremenhaven	12	Cöthen	2
Karlsruhe	11	Eisen a. R.	2
Hamburg	10	Darmstadt	2
Dalle a. S.	10	Kassel	2
Altenburg	10	Göttingen	2
Höchst a. M.	10	Neubrandenburg	2
Neumünster	10	Krefeld	1
Halberstadt	10	Bamberg	1
Pforzheim	10	Gera	1
Schleswig	10	München	1
Druden-Dresden	9	Ingolstadt	1
Wetz.	8	Elberfeld	1
Eisenach	8	Hildesheim	1
Siendal	8	Dortmund	1
Königsberg i. Pr.	6	Posen	1

Exempl.  
Berlin, Arbeitgeber-Ehrenverband\*\* (1. Beifall) 1100  
Herrn Meister sind direkt abonniert mit 450

\* Aus der verhältnismäßig geringen Unterstützung ist kein Mangel an Interesse oder Wohlwollen zu erkennen. Viele Berliner Innungen stehen der Gesellenbewegung als auch dem neuen Fachblatt sehr sympathisch gegenüber. Der Verband möchte dem Hamburger Verband gegenüber unterscheiden und überlässt es aus diesem Grunde den Gelehrten, für Unterstützung der handwerkstreuen Gelehrtenbewegung durch Abonnements zu wirken.

\*\* Weitere aktiveren Bestellungen zwecklos.

Man sieht, der Mann versteht sein Geschäft und versteht es ebenso, mit wenigen Worten es den Innungsvorständen plausibel zu machen, daß die guten Beispiele sie veranlassen würden auch ihrerseits in möglichst großer Zahl Exemplare das Blättchen zu halten. Und geradezu töricht ist der Hinweis auf das "Wohlwollen" der Berliner Innungen, die "dem Hamburger Verbande gegenüber unparteiisch sein möchten" und deshalb nur durch die Bäckervereine das Blättchen in 450 Exemplaren abonnieren. Hier gibt Hartmann doch direkt zu, daß "Unparteilichkeit" der Berliner Innungen den Gesellen gegenüber der gleichen Schwindel ist, als wenn der "anständige" Hartmann sagt, daß sein Blatt unabhangig von den Meistern sei!

In 6500 Exemplaren wird sein Blättchen nach seinen eigenen Angaben herausgegeben. Davon beziehen die Innungen und einzelne Arbeitgeber 2746, also bald die Hälfte der Ausgabe. Das Blättchen ist also eine von dem Gelde der Arbeitgeber ausgeschaltete gesinnungslose Dirre, bestimmt die Bäckergesellen allgemeiner Verdummung und Verblödung zuzuführen, damit sie sich desto besser auspowern und unterdrücken lassen, und dabei macht Herr Hartmann glänzende Geschäfte. Fürwahr, ein nobler Geschäftsmann, und die ihm nachlaufen für die gilt das Wort: Nur die alberndümmlisten Räuber wählen ihre Meister selber!

Wer weiter darnach handeln will, der mag es tun zur Freude des fauligen Geschäftsmannes Hartmann und dessen Helfershelfer und Auftraggeber, aber zu seinem eigenen Schaden!

## Soziale Friedensschämchen.

Abends vom Kampftunmel des wirtschaftlichen Schachfeldes, meist unberührt von den rauen Wirklichkeiten gewerkschaftlicher Lohnkämpfe und ohne tieferes Verständnis für die harte, zähe und widerwärtige Arbeit, die die Arbeiter für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen leisten müssen, kommt alljährlich eine Gesellschaft idealistischer Philanthropen zusammen, um über Vorschläge für den sozialen Frieden zu beraten. Die Gesellschaft für soziale Reform stellt sich diese Aufgabe, jene buntbärtige, aus allen Bevölkerungsschichten sich zusammensetzende Vereinigung, die dennach in der Hauptstadt ein Rendezvous sozialpolitisch fortgeschrittenlicher Akademiker ist, unter die sich neben Vertretern der christlichen und Hirsch-Dunkerten Gewerkschaften in letzter Zeit aber auch ziemlich zahlreich Vertreter des deutschen Unternehmertums mischen.

Leiderin hat sich diese Gesellschaft für soziale Reform auf ihrer Generalversammlung zwei Tage lang nur mit einem Tagesordnungspunkt beschäftigt und zwar mit der Frage über das gewerbliche Einigungswesen. Nach der Tagespresse müssen die Verhandlungen nicht nur für den Sozialpolitiker sehr interessant gewesen sein, sondern sie hätten auch in gleichem Maße unsere Gewerkschaftsmitglieder interessiert, die gewiß als Zuhörer sehr verwundert darüber gewesen wären, so manchen alten bekannten Wolf anzutreffen, der dort in Schafkleidern umherwandelt und den Zuhörern plausibel mache, daß er wirklich noch kein Wässerchen sozialen Fortschritts getrübt habe, sondern für die Forderungen der Arbeiter stets volles Verständnis beigezeuge; wenn nur die freien Gewerkschaften und ihre Führer frei von unfachlichen sozialdemokratischen Einflüssen wären und mehr Verständnis zu Verhandlungen und gewerblichen Einigungseinrichtungen bezeugen würden. Und die braven Kinderchen, die Hirsch-Dunkerten sind Christlichen saßen dabei und hörten es sich sitzt und wohlgefällig an und fanden nicht die richtigen Worte, um den wahren Zusammenhang der wirtschaftlichen Dinge mit nötiger Klärheit und Schärfe hervorzuheben. Nur keine Anfälle dazu wurden gemacht seitens der anwesenden Gewerkschaftsvertreter, die aber andererseits durch den Hinweis auf die große Verständnislosigkeit der Führer der freien Gewerkschaften für den gewerblichen Frieden an Durchschlagskraft verfügt.

Und der Musterhabe Eckelz, der seinen Gewerkschaften, den Hirsch-Dunkerten, fürzlich den Rat gab, bei Lohnbewegungen sich recht radikal zu gebärden und für das Weiterstreiken zu plädieren, wenn seitens des Metallarbeiterverbandes der Verständigung gemahnt wird, um so durch die Buschflepper- kraft den Metallarbeiterverband aufzureiben, saß mit im

Rate der sonderbaren Heiligen und beriet mit über den gewerblichen Frieden mit den Unternehmern. Ein geheimer Rundschreiben empfiehlt er die unparteiische Kampfes-taktik, die alle brutal ausgesetzten Niedergeschnipplungsvorschläge der Oberkämpfer weit in den Schatten stellt.

Daran zeigt sich allein, was von den weisen Worten so manches gewerblichen Friedenspredigers auf dieser Zusammenkunft zu halten ist. Würdige Pendants sind ihm zur Seite zu stellen.

Da sind die Vertreter zweier großer Berliner Innungen, vom Schlosser- und vom Holzgewerbe, von denen der letztere sich sogar zu den Worten berichtet, daß er lieber seinen Betrieb schließen würde, als auf den Tatjus-Vertrag zu verzichten. Wenn die Erkenntnis vom Wert vertraglicher Abschlüsse und vom Verhandeln mit den Arbeitervorganisationen sich wirklich bei Herrn Kähnert so weit durchgetragen hat, daß er dies in so beredten Worten zum Ausdruck gab und wenn es ihm aus innerster Überzeugung kam, so ist das recht beachtlich und erfreulich. Über den eigenen besseren Einsicht verdonkt er diese Sinnesänderung doch nicht, sondern die mit unzähligen sozialdemokratischen Einflüssen durchsetzte Organisation der Holzarbeiter hat ihn nach Jahrzehnlangem Sammeln von einem Coming zum Paulus, von einem Schatzmeister ins besondere vermehrter Bedeutung zum Fürsprecher gewerblicher Einigungsbemühungen gemacht. Es muß also doch nicht so unmöglich sein, mit den zum Verhandeln unsfähigen Gewerkschaften zu verhandeln. Nein, mit dieser vagen Behauptung will mancher der Herren nur seine Sinnesänderung oder seinen ablehnenden Herrn-im-Hause-Standpunkt entschuldigen und beschönigen. Würde doch auch wiederum andererseits die Objektivität und das Entgegenkommen der Gewerkschaftsvertreter dermaßen über den grünen See gelebt, daß wir schließlich alle Ursache hätten, uns gegen ein beratiges Lob zu wehren, wenigstens insofern, als mit ihm eine Ansicht neuerher ausgeprochen wird, die nicht sehr schmeichelhaft für unsere Vertreter wäre. Der Bürgermeister von Hagen, der uns, nebenbei gesagt, mit seinen Ausführungen doch größeren Respekt abnötigt, als die Kongressteilnehmer obengenannter Kategorien, meinte, wenn sich Arbeitgeber erst einmal mit Arbeitnehmern um einen Tisch gesetzt, dann könne es passieren, wie ein hoher Staatsbeamter ihm erzählte, daß er die beiden Parteien im Verhandlungstage beinahe vertauschte, so sehr seien die Arbeitervertreter an Takt und allgemeiner sozialer Klugheit und ehrlichem Objectivitätsbestreben den Arbeitgebervertretern in dem betreffenden Hause überlegen gewesen. Also läßt es sich doch wohl verhandeln mit den Gewerkschaftsvertretern?

Und sogar Herrn Kirdorf wurde die gewerbliche Friedenspalme gereicht. Der Vertreter vom Bergbau-lichen Verein drückt für ihn eine Länge und erzählt, daß der Herr noch jüngst auf einer Großindustriellen-Versammlung erklärt habe, er würde zum Verhandeln mit den Gewerkschaften die Hand bieten, wenn — ja wenn, er sich einen Erfolg für die Ausstrahlung der Arbeiterschaften davon verprägt; allerdings, bei dem gegenwärtigen Zustand der Gewerkschaften und ihrer Verquälung mit politischen Prinzipien erachtet Kirdorf das Verhandeln für unangebracht. Die Zustände in den Gewerkschaften sind unserer Meinung nach aber ganz gut und die Verquälung derselben mit politischen Prinzipien wird wohl nach dem Prinzip des Herrn Kirdorf nicht aufhören. Wenn aber die Bergarbeiter durch eine starke Organisation erst den Eingang ins Gewerbe errungen haben werden, den sich die Bergarbeiter erobert haben, dann dürfte auch Herr Kirdorf mitamt den Grubenbaronen der Ansicht des Herrn Kähnert sich anschließen und die Gewerkschaften trotz der sozialdemokratischen Einflüsse für verhandlungsfähig betrachten.

Die Verhandlungen über das gewerbliche Einigungswesen wurden durch Vorträge der drei Vertreterkäthe-

der nach England entstanden Studienkommission der Gesellschaft eingeleitet. England wurde dabei als das nachstrebenswerte Beispiel für die deutschen Gewerkschaften hingestellt. Dabei wäre man aber auch nicht uninteressant gewesen, von den Referenten zu erfahren, weshalb denn nun im vielgepriesenen England seit längerer Zeit die Trade Unions so wenig Erfolg in der wirtschaftlichen Besserstellung ihrer Mitglieder haben, weshalb die dortigen Gewerkschaften alle Mühe haben, die Löhne in der jetzigen Höhe zu halten. Ebenso wie die deutschen Gewerkschaften doch nicht des bloßen Kampfes wegen kämpfen, können sie doch aber auch nicht des bloßen Friedens wegen auf ihre eigentliche Aufgabe verzichten. Vornehmste Aufgabe der Gewerkschaften ist es nun einmal, für eine bessere Lebenshaltung ihrer Mitglieder zu sorgen und wenn dieses Ziel eben nicht auf friedlichem Wege, durch Vergleichsverhandlungen erreicht werden kann, so muß eben zum offenen Lohnkampf geschritten werden. Stein objektiv denkender und sozialpolitisch verständiger Mensch kann im Ernst die freien Gewerkschaften den Vorwurf machen, daß sie zum Verhandeln mit den Unternehmern unfähig und ungeeignet sind. Weiß man von der objektiven Beurteilung und ruhigen Auffassung durch Arbeitervertreter in den Grunklausendiskussionen, in Gewerbe- und Arbeiterchefsgerichten usw. nach Lobenswertes zu sagen, so werden wohl auch die Gewerkschaftsführer zu Beraternmitglieder. So ist der wirtschaftlich und technisch vorbehauptigt sein. Daß sie das sind, beweist allein die kolossale Steigerung der Abschlüsse von Tarifverträgen, die nach der neuesten Zusammenstellung des Reichsarbeitsblattes die Zahl von 3000 erreicht hat. Alle diese Tarifverträge sind durch Verhandlungen der Gewerkschaften bezw. ihrer Führer mit den Unternehmen zu Ende gekommen. Sie zeigen auch, daß die freien Gewerkschaften tatsächlich zum vertraglichen Arbeitsverhältnis geeignet sind. Aber viele der Tarifverträge verdanken ihren Abschlüssen erst einem vorhergegangenen Kampfe, durch den die holstarktigen Unternehmer von der Fähigkeit der Gewerkschaften plötzlich überzeugt wurden. Die Maßnahme der wirtschaftlichen Betriebsruhe brachte sie zu der besseren Einsicht, nicht ihr ethisches Empfinden —

Und deshalb, ihr ehrenhaften Herren von der sozialen  
Gesellschaft und ihr Drucker, die ihr auch dazu gefällt:  
Alle gute Theorie vom gewerblichen Frieden zerstört  
an der roten Praxis der Sozialpartie, die eben durch  
Theoretiker nicht aus der Welt geführt werden  
kann. Dafür liefern einige der Kongregationslehrer  
ihnen den tragikomischen Schauspielen: Sie tunnen Freiheit, sozial-  
politisch gebildete Staate Wacker für die Städtebehörden, -  
sondern auf dem Kampfplatz treten sie als Unternehmer  
und Drucker der gegenständlichen Organisationen in uner-  
heblicher Stumpftheit für die Förderung der bestreiten  
Gewerkschaften ein.

Deshalb wünschen wir im weiteren geschäftlichen Verkehr  
nicht weiter, unenttitelt am Kopf oder Schild von anderer  
Seite, aber in der unerlässlichen Maske, daß die  
Herrlichkeit die seit Jahren aufzunehmende gute Wirtschaftliche  
Ressource nicht enthebt je ausgenutzt haben, wie sie es  
können mit Rücksicht auf ihre Familie hin möglichen. Wenn  
daher es lieber werden! Damit Verhandeln mit den Unter-  
nehmern kann es nicht anders gelten, aber auch durch Ressort.

# **Die Entwicklung des Großbetriebes im Eisenbahnwesen und die Abhebung des Kapitalismus.**

Nur jetzt langsam, aber doch deutlich erkennbar, vollzieht sich im Buchdruckvertriebe der Übergang vom Stein- zum Graphodruck. Es wäre erstaunlich, daß dieser Übergang bei der gewöhnlichen Ueberzeugung des mit dem unbedeutend technischen Geschäftsgesetz arbeitenden Graphodruck nicht auch früher vor sich geht, wenn wir nicht trügen, mit welchen Mitteln der Steindruck seine Sonderrechte nicht aufrecht zu erhalten sucht: einzige Ausbeutung seiner Angestellten, für die selbst der Kundenstätt- und Verlagsdruckerei ein zweiter Monatsabrechnung steht und nur auf dem Papier steht. Aufzeichnung des für den Drucker notwendigen Rost und Logoswuns. — Infolgedessen in den Jahrtausenden Betrieben wurden viel günstigere, häufig sogar terrifisch verhängte Arbeitsbedingungen beobachtet. — Daraus in den ganz kleinen Unternehmen auch Verkürzung der eigenen Dienstzeit und der der Familienmitglieder. Es ist der wirtschaftlich und technisch betrübtste Betrieb es nicht immer auch persönlich. Deshalb kommt, daß die letzte Möglichkeit der Selbständigerwerbung im Steindruckvertrieb keine andere ist als dem Stein- druckvertrieb Schaden nach halbtechnischer Entwicklung gebracht, um wenig später der neuen zur Entwicklung bringend bedenken, die ebenso wesentlich das Ziel im Sinne einer wissenschaftlichen Entwicklung bestimmen.

Etwas aufwändiger Vorbereitung für die Frage,  
so wie in jedem Zweig der Brüderlichkeit in der  
Bürokratie im Zeitablauf begrenzt ist, kann natürlich erst  
die nächste Freiheit- und Gewerbeordnung liefern. Zu der  
weitergehenden Entwicklung einer solchen sind aber schon die  
Ergebnisse willkommen zu haben, die von dem  
Verbotsschreiber des Deutschen Reichslands in den  
Sachen 1901, 1904 und 1905 beschafft und durch Ge-  
genstück zum Dr. Hillebrand in einer fürstlich erfassten  
unveröffentlichten Schriftzeile veröffentlicht worden sind.<sup>1)</sup>

Diese Erhebungen ermittelten sich im Jahre 1901 auf 74 Städte mit 12.205 Bäderien, im Jahre 1904 auf 113 Bezirke mit 18.625 Bäderien und 1906 auf 190 Bezirke mit 545 Ortschaften und 22.950 Bäderien. Beachtet man den Maßstab des durchschnittlichen Verhältnisses der Zahl der Bäderien zur Zahl der Einwohner an, so wäre aus den vorliegenden Zahlen der Schluss zu ziehen, daß sogar eine fortdauernde Betätigung der Betriebe stattfinde. Denn während im Jahre 1901 auf je 789 Einwohner 1 Bäderie kam, kam sie im Jahre 1904 schon auf 763 und 1906 auf 746 Einwohner. Diese Zahlen sind jedoch wenig maßgebend, da sie beeinflußt sind durch die Ausdehnung der Erhebungen auf kleinere Ortschaften und dünn besiedelte Gegend, in denen selbstverständlich die Zahl der auf eine Bäderie kommenden Einwohner eine geringere ist. Wie sehr verschieden diese Zahl je nach der Bevölkerungsdichte ist, geht aus folgender Aufstellung hervor, in der die Bezirke in 6 Größenklassen eingeteilt sind und die auch ein etwas richtigeres, wenn auch kein ganz detailliertes Bild der stattgehabten Verschiebungen bieten. Es kommt auf eine Bäderie:

	Einwohner	1901	1904	1906
1. Bezirksklasse	bis zu 10 000	420	384	429
2.	10 000—20 000	758	494	547
3.	" 20 000—50 000	640	563	587
4.	" 50 000—100 000	770	690	726
5.	" 100 000—300 000	833	879	723
6.	" über 300 000	906	849	997

Hieraus ist zwar noch keine allgemeine Tendenz der Vergrößerung, aber doch auch keine zur Verkleinerung der Betriebe abzuleiten. Die größten Bäckereien weisen übrigens Hamburg mit einem Betrieb auf je 2532 Einwohner auf, — während in Berlin ein solcher schon auf 932 Einwohner kommt, die kleinsten Heringsdorf mit 1 Bäckerei auf 158 Einwohner. Aus dem oben erwähnten Grunde hat sich auch die Durchschnittszahl der auf einen Betrieb kommenden H ü f f t e seit dem Jahre 1904 nicht verändert; sie betrug jedesmal 2,27, eine augerordentlich niedrige Ziffer.

Daß trotz dieser scheinbar negativen Resultate der Großbetrieb im Bäckereigewerbe in der Annahme begriffen ist, beweisen die direkt über diesen Punkt angestellten Erhebungen. Als Großbetriebe wurden dabei solche Bäckereien betrachtet, die 10 und mehr Personen beschäftigten. Derartige Betriebe gab es im Jahre 1901: 97 mit 1639 Arbeitern und Arbeiterninnen, 1904: 172 mit 3266 und 1906 367 mit 5426 Angestellten. In fünf Jahren hat sich also die Zahl der Großbetriebe und der darin beschäftigten Arbeiter beinahe verdreifacht. Es kamen 1906 im ganzen Lande auf je 1000 Betriebe durchschnittlich 16 Großbetriebe und von 1000 beschäftigten Personen arbeiteten bereits 104 in Großbetrieben. Die Zahl der mit Rennmaschinen ausgestatteten Bäckereien hat sich seit 1904 mehr als verdoppelt von 4 auf 8,4 Prozent. Einem ganz erheblichen Prozentsatz unter den Großbäckereien stellen die Konsum- und produziergenossenschaftlichen Betriebe dar, die überhaupt in jeder Beziehung für dieses Gewerbe eine geradezu unmögliche Bedeutung haben.

Mit der Entwicklung zum Großbetrieb hand in hand geht auch, wie schon oben eingedeutet, eine Verbesse-  
rung der Arbeitssicherung einher. Natürlich ist  
die Sicherheit in erster Linie der wachsenden Stärke des Wacker-  
verbandes zu verdanken, der 1898 erst 2533, im Jahre  
1905 aber bereits 10 295 Mitglieder bekam. Der Haupt-  
gegenstand der Betriebsungen der organisierten Bauarbeiter  
ist die Abschaffung jenes Überbleibels einer  
mittelalterlichen, patriarchalischen Betriebsweise des Post-  
und Logistikwesens beim Meister. Mit dieser Absicht sind  
nicht nur direkte materielle Verbesserungen den Arbeitern  
verbunden, sondern die dadurch bedingte Abhängigkeit vom  
Arbeitgeber bildet auch ein schweres Gewicht für die  
Ausbreitung der Organisation. Die von den Bauarbeiter-  
schaften gegen diesen Überstand geführten Kämpfe, die im  
Jahre 1898 mit dem Stiegenstreik in Hamburg-Altona und  
Wandsbek einschließen, haben in einer ganzen Anzahl von  
Städten zu grossen oder teilweisen Erfolgen geführt. Nach  
dem 1906 aufgenommenen Statistik hatten nach volle Sozial-  
und Wohnung beim Meister 18 232 Geellen = 57.1 Prozent  
Wohnung und halbe Zeit 2793 = 1.9 und zur Gedientlohn  
nur 7733 = 24.2 Prozent. Also ohne die vierte Zei-  
der bezogenen Geellen für das ganze Land ist es natür-  
lich ein viel geringerer Prozentsatz, war von dem Erwerb  
jedem vollständig befreit, während es 1901 erst 15.6 Prozent  
oder weniger als  $\frac{1}{6}$  waren. Auch hier verschieren die  
Gewerkschaften an der Spitze, die durchgängig ihre Ange-  
stellten mit gegen Verzögerung beschäftigen. Die Höhe der  
Bardate der nach den verschiedenen Methoden bezahlten  
Geellen geht aus der folgenden Auszählung hervor:

Bodenart		Feucht. Stoff		Feucht. Grasgrün.		Feucht. Grasgrün.		Feucht. Stoff		Feucht. Grasgrün.	
3—5. A	596		37		—		—		—		—
6—10.	13.134	1.193	"	1		7					
11—15.	4.261	1.204	"	175		80		12			
16—20.	277	358	"	1.556		323		454			
21—25.	9	6	"	814		163		4.416			
26—30.	—	—	"	59		45		2.553			
31—35.	—	—	"	1		—		249			
Summe	—	—	"	—		—		51			
Durchschnitts-	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A
Jahr	9.15	11.51	19.52	19.47	24.82						
Summe d. Boden-											
flächen											
Fläche abget.	12.00	7.50	2.00	9.00							
Fläche abget.	21.15	10.21	2.23	22.42							

Es ist hervorzuheben, daß gegenüber den nur in  
den ersten beiden Perioden mit diejenigen im Kästchen  
jedoch die angesammelten Reste erhalten. Es sind dies je-  
doch im Durchschnitt 623 Gräber, meist ältere und ver-  
heiratete Weiber aus verschiedenen Altersgruppen. Die  
übrigen sind dagegen beständigst, einmal daran, daß sie  
auch mit Einschränkung bezüglich des angeblichen Wertes der ge-  
fundenen Naturalien einen geringeren Schatz verbreiten als  
ihre vor in Gold bezahlten Stoffen, dann aber auch  
weil sie in Würdigkeit nicht den Wert der Naturalien  
erhalten, der ihnen höher vom Zoll zu Abzug ge-

D. Ullmann fasst seine Betrachtungen über diesen Punkt in die Worte zusammen, denen wir uns nur anschließen können: „Nieder mit dem Post- und Logistikwesen beim Arbeitgeber, dem verruchtesten aller Lohnsysteme!“

## Die Reaktion an allen Ecken und Enden.

Seit zwei Jahren spult in den Köpfen der Münchener Bäderinnung impfesort nur der eine Gedanke, wie es möglich ist, die Bädergesellen unter zu kriegen. Den ersten Anschlag bot hierzu die Ortsfrankenkasse, welche den Innungsmeistern zu fürsorglich für die ausgeschundenen franken Bädergebüßen ist. Flugs war man dabei, nach dem Rezept der tüdständigsten Arbeitgeber der Mezgerinnung eine Innungsfrankenkasse zu errichten.

Was man im diesbezüglichen Nebenstatut den hiesigen Bäckergehüßen zumutete, grenzt an bodenlose Frechheit. Als gemein muß es erachtet werden, daß man den niedrigsten Beitrag und das niedrigste Krankengeld (stätiglich 1.50 M.) für die Bäckergehüßen als genug hielt, um in kranken Tagen davon leben zu können.

Auch ohne Schwindel gings dabei nicht so, indem man den Meistern die hohen Beiträge der Ortsfrankenkasse und die sozialdemokratische (?) Verwaltung als etwas unmenschliches vormalte. Doch muß es sauvre Gesichter geben haben, als von der Regierung verlangt wurde, die Beiträge und Klassen der Ortsfrankenkasse gleich und noch höher zu stellen. Die höchste Unverschämtheit ist aber, daß sich 50 Meisterlein erlauben, über das Wohl und Wehe von 1850 Gesellen, 340 Lehrlingen und circa 500-600 weiblichen Bediensteten zu beschließen. Welches Interesse die Meister haben, zeigt, daß 3 Versammlungen nötig waren, um die gesetzliche Berechtigung zu dieser Macht zu erhalten. Eine weitere Tribolität stellt die neue Herbergs-(Buchthaus-) Ordnung dar. Kaiser Ludwig der Bayer schenkte 1332 den tapferen Bäckernechten ein Haus, wo alte und arbeitslose Bäcker ihr Unterkommen finden sollen. Die ehemalige Genossenschaft er..... (ob auf ehrliche Art, ist nicht festgestellt) die ehemalige Herberge, verkaufte mit großem Profit dieselbe und erbaute sich einen untenstabilen Steinbau, aus welchem die alten Bäckernechten jetzt hinausgeschmissen werden, sobald sie ausgeschunden sind und eventuell nicht mehr als Bäcker arbeiten können. Selbst ihre größten Helfershelfer bleiben nicht verschont und gibt der Fall des alten Heik hiervon beredtes Zeugnis. Wie lange sich dies die Münchener Bäckergehüllen, insbesondere die alten gefallen lassen, ist natürlich eine andere Frage. Doch geschieht ihnen ganz recht, denn nur dadurch müssen diese befehlt werden und erfahren, daß gegen dieses Unrecht und Unrecht nur der Verband antrifft. Der Leitung möchten wir aber danken für ihre nachhaltige Agitation für unseren Verband, aber zualeich die Bitte mit verknüpfen, auch 1907 für uns in der Weise Stoff zu liefern, dann wird trotz aller Feuerungsversuche bald der letzte Mann in unserem Verbande sein!

# **Ein Beitrag zum genossenschaftlichen Arbeitsverhältnis.**

Durch den im Oktober v. J. abgeschlossenen Tarifvertrag zwischen dem Verband der Handels- und Transportarbeiter einerseits und der Verwaltung des Allgemeinen Konsumvereins in Braunschweig andererseits erhielten u. a. die Lagerarbeiter, Kutschere und Hüttsarbeiter in der Bäckerei zu ihrem Wochenlohn einen Zufluss bis zur Höhe von 2.60 M gewährt; gleichzeitig erklärten sich die hier in Frage kommenden Arbeiter bereit, auf Vorschlag der Verwaltung eine Vergünstigung des Krankenzuschusses von 6 Wochen auf 3–6 Tage einzutauschen. Diese Vergünstigung, welche seit dem Jahre 1901 für sämtliche Beschäftigten des Vereins bezahlt wird, lautet in der Arbeitsordnung: „Während der ersten 6 Wochen einer ärztlich bescheinigten Krankheit wird der Lohn unter Abrechnung des Krankengeldes, welches die Krankenkasse zu zahlen haben würde, ausbezahlt.“

Durch diese Vereinbarung obengenannter Gruppen mit der Verwaltung wurde eine Abänderung in der Arbeitsordnung notwendig, weshalb sich eine im November 1906 abgehaltene Betriebsversammlung hiermit beschäftigte; letztere war aber nicht wenig erstaunt, als der Vorsitzende des Arbeiterausschusses der Versammlung durch Kenntnis gab, daß in Zukunft die Vergünstigung für alle Arbeiter in Weisall käme; bis dahin war wohl jeder der festen Überzeugung, daß denjenigen Arbeitern, welche einen Lohnzuschlag nicht erhalten hatten, die seit 1901 gezahlte Vergünstigung bliebe, andernfalls denselben auch eine Entschädigung gegeben würde. Da dieses nicht der Fall war, mußte die natürliche Folge sein, daß die Bäder erklären, nur dann ihre Zustimmung zu der neuen Arbeitsordnung zu geben, wenn denselben bei den jehigen

beisordnung zu geben, wenn beweisen bei den ~~15~~  
Lohnverhältnissen die Vergünstigung bliebe. Unter anderem  
wurde von den Bäckern noch ein Besuch gefaßt, bei der  
Verwaltung, eine Lohnerhöhung von 3 M pro Woche zu be-  
antragen, mit dem Bemerk, daß die Verwaltung diesen  
Antrag nicht akzeptieren könne, den Bäckern Gegenbor-  
schaft machen zu wollen. Kurze Zeit darauf lief von der  
Verwaltung ein Schreiben an den Ausschuß ein, welches  
bezogte, daß die Vergünstigung den Bäckern nicht weiter  
gezahlt werden könne, da man dieselbe dem andern Tei-  
der Arbeiter genommen hätte; des weiteren, daß die be-  
antragte Lohnerhöhung der Bäcker abgelehnt sei, indem  
dieselben auf den Tarif zwischen Organisation und Ver-  
waltung verwiesen würden. Wenn die Verwaltung schreibt  
dem einen Teil der Arbeiter die Vergünstigung nicht  
weiter geben zu können, welche man dem andern Teil der  
Arbeiter genommen habe, so berührt das eigentlich  
umso mehr, daß gerade der Teil der Arbeiter für die Be-  
nahme der Vergünstigung auf der anderen Seite mit einem  
Lohnzuschlag bis 2.60 M pro Woche entschädigt ist, wäh-  
rend die Verwaltung dem andern Teil — also den Bäckern  
— ganz einfach dieselbe Vergünstigung hinwegnimmt, ohne  
den Bäckern einen Pfennig hierfür zu entschädigen. Wenn  
die Verwaltung hätte konsequent sein wollen, als dann hätte  
Es keine Falle hierfür entschädigen müssen.

Die beiden Teile hierfür entzündigen müssen.  
Bemerkenswert ist weiter, daß die Verwaltung bei dieser Gelegenheit wieder auf den Tarif verweist, sie sollte doch wissen, daß die Bäcker im Herbst 1905 mit ihr wegen des Tariffs verhandelt haben, und an wem lag es denn da, daß ein Tarif nicht zustande gekommen ist, doch nur an der Verwaltung, denn hätte dieselbe wegen der gegen das Vorjahr 1904 um nahezu 30 Prozent erhöhten Lebensmittelpreise den Bäckern mit das geringste Entgegenkommen versucht, also wäre ein Tarif zustande gekommen. Aber

die Verwaltung, welche im Frühjahr 1906 sämtlichen Arbeitern — ausgenommen die Bäder — eine Lohnherhöhung von pro Woche 1 M gab und im Herbst durch den Zarif einen Zuschlag bis 2.60 M pro Woche gewährte, welche Erhöhung den Genossen gern zu gönnen ist, da dieselbe nur den erhöhten Lebensmittelpreisen entspricht.

Die Verwaltung hieß ebenfalls für notwendig, in zwei außerordentlichen Generalversammlungen für jedes Vorstandsmittel eine Gehaltsverhöhung bis zu 500 M pro Jahr zu beantragen, da das jetzige Gehalt von 8000 M nicht mehr zeitentsprechend sei. Dieselbe Verwaltung versuchte im Herbst 1905 bei Gelegenheit der Schlachtung einer Differenz wegen Kündigung von drei Kollegen u. a. folgende Worte: „Doch, falls die Produktion in der Bäderrei sich steigern würde, die Verwaltung durchaus nicht abgeneigt wäre, den Bädern auch eine Lohnherhöhung zugeschlagen.“ Die Produktion in der Schwarzbrodbäckerei ergab nach dem Halbjahresberichte vom 1. Januar 1906 bis 30. Juni 1906 ein Mehr von 45 000 Stück Schwarzbrot und das Versprechen löst die Verwaltung gegenüber den Bädern damit ein, daß sie leichter den Lohn reduzieren, indem den Bädern eine Vergünstigung weggenommen wird, und wenn die Bäder sich nun weigern, die neue Arbeitsordnung anzuerkennen, so wird das jeder Mensch leicht verleihen können. Das eine aber muß konstatert werden, daß ein derartiges dictatorisches Vorgehen der Verwaltung des Konsumvereins Braunschweig niemals ein friedliches Arbeitsverhältnis herbeiführen kann und leider muß es gelagert sein, zum Schaden der Genossenschaft sowohl wie der gesamten Arbeiterbewegung.

Mehrere Mitglieder in Braunschweig.

### Der gelbe Gustav in Rostock als Retter in der Not.

Nachdem es der hiesigen Bäderbrüderschaft im Bunde mit den Innungsmäestern nicht mehr gelingen wollte, die roten Verbandsgegenden aus Rostock zu verbannen, vielmehr diese sich schon eroreierten, von Lohnbewegung zu sprechen, kann man auf ein Radikalmittel, wie man am besten diese unbarmhärtige Gesellschaft zum Tempel hinanziehen könnte. Um hohen Rat würde man sich dahin einig, es mal mit dem Bundeshäuptling der Geellen zu versuchen. Die Brüderlichkeit frohlockt schon jetzt werden aber die Roten ausgeräumt. Um 16. Januar sollte nun diese Ausräumung vorgenommen werden. Die Brüderlichkeit hatte zu diesem Tage eine Versammlung anberaumt und sämtliche Kollegen sowie Meister dazu eingeladen; demgemäß war die Versammlung gut besucht. Der Altkollege Fischer eröffnete die Versammlung und er teilte sofort Wischnöfsski das Wort, obwohl von allen Seiten Bureauwahl verlangt wurde. Nachdem die Stube wieder hergestellt war, stellt sich Wischnöfsski der Versammlung als der gelbe Gustav vor, dieser Name wäre für ihn schmeichelhaft. Dann stimmte er Pläne über an, daß die Gelben in ganz Deutschland verachtet und verloren würden, obwohl sie den edlen Zweck verfolgten, hand in hand mit den Meistern das ehreame Bäderhandwerk zu schützen. Die Rostocker Kollegen sollten ja keine Lohnbewegung herausbeschwören, denn wenn gestritten würde und der Streit dauerte 3 Wochen, so hätten die Kollegen, welche 9 M pro Woche verdienten, 27 M eingebracht, angemessen, es würde durch den Streit 1 M Lohnherhöhung pro Woche erzielt, so müßten sie 27 Wochen arbeiten, um diesen Verlust wieder auszugleichen. Die Gelben sind da viel schlauer, wenn wir mehr Lohn haben wollen, dann machen wir das den Meistern klar, diese kommen dann schon mit dem nötigen Tulpe herüber. Bei uns wird das alles für 50 M gemacht, bei dem Verbande müßt Ihr 30 M bezahlen.“ Allmann verdient 6000 M Hartmann seine Zeitung ist ein gut gedriebenes Blatt.“ Dann kamen die Berliner Verhältnisse auf Tafel. Hetschold, Barth, Schneider, Knoll wurden recht lieblich behandelt, leichter hätte sich bei seiner Frau zwei Tassen Kaffee gebettelt usw.

So schwindelte der lächelnde Gustav eine ganze Zeit lang, bis er zum Schluß den BUND mit einem kräftigen Baum verglich, der blühe und gedeihe. In der Diskussion meckerte sich der Kollege B. Liescher zum Wort. Redner gehiebelt das verräterische Freiben der Gelben. Eher ehrlich denkende Kollege müßte sich mit Absehen von dieser Gesellschaft abwenden. Nicht wäre der Gelbe Bund gegründet worden, um einem Bedürfnis in Gesellenfreien abzuhelfen, sondern man habe den Bund gegründet, um die schatzmacherischen Allüren der Arbeitgeber zu unterstützen, welche sich nicht scheuten, in hinterlistiger Weise Zaristisch zu begehen oder zu beginnen. Deshalb müsse jeder Kollege, welcher noch ein wenig Ehrgefühl im Leibe habe, darnach hinstreben, daß dieser wurmstichige Baum baldmöglichst vom Erdoden verschwinde. Die Behauptung des Referenten, O. Allmann verdiente 6000 M, müsse er als eine bewußte Unwahrheit bezeichnen, nicht mal die Hälfte Gehalt bekomme Allmann.

Als Kollege B. Liescher weiter die einzelnen Behauptungen Punkt für Punkt in schärfer Weise widerlegt, bringt mit einem Male der ganz rot gewordene Vorsitzende auf und ruft Liescher zu: Du mußt jetzt Schluss machen, sonst entziehe ich Dir das Wort. Ein ungebesserter Zustand entsteht, Meister, Brüderlichkeit und Verbandsgegenden fahren auf einander los, so daß nur mit großer Mühe die Ordnung wieder hergestellt werden konnte. Liescher steht immer noch auf seinem Platz; nun just der Verhängende zu schwimmen, er habe 10 Minuten Redezeit zu Anfang der Versammlung festgesetzt, was kostet der neben ihm sitzende Wischnöfsski nicht gehört hätte; dann wollte man sich damit ansreden, der Saal müßte um 7 Uhr geräumt werden. Die Uhr war aber erst 5 Uhr 30 Min. Mehrere Bäckermeister wollten Liescher nun glauben machen, der Vorsitzende hätte wegen der 10 Minuten Redezeit nur ganz leise gesprochen. Als aber die Herren einsahen, daß alles Schwindeln nichts nützte, einige man sich dahin, daß Liescher noch eine Viertelstunde reden solle. Liescher ging nun näher auf die „Anständigkeit“ der Gelben ein, davon habe er ein schönes Bild in Mülhausen und Straßburg bekommen, wo Paulchen I. Galtollen gegeben habe. Wenn der Referent es so dargestellt habe, als gründe der Verband Kaufm. und Genossenschaftsbäckereien, so müsse Redner auch dies als Unwahrheit bezeichnen. Mit allen diesen Wörtern wolle man die Kollegen trüsten; daran wäre aus das von den Gelben in Berlin verfaßte Theaterstück

gerächt gewesen, wo man dem Kollegen unter dem Weihnachtsbaum die Tochter des Meisters geben wollte, wie es in Wirklichkeit damit stände, darüber könne ja der Vorsitzende um besten Glückpunkt geben, der ja schon bereits 25 Jahre in Rostock herumließe, aber eine Meisterstochter hätte sich seiner noch nicht angenommen. Vielleicht trügen diese Ausführungen dazu bei, daß endlich der ersehnte Augenblick kommt, verdient genug hätte er sich dafür gemacht. — Nach einem matten Schlussswort des Referenten wurde die so stürmisch verlaufene Versammlung geschlossen. Gegenseitige Hochs und Gefang wechselten man miteinander ab, bis die Meisterfreunde mitamt den Meistern in ein stilles Stämmerlein zogen, wo man unter sich sein wollte, weil man da besser das „gut geschriebene“ Hartmannsche Blatt empfehlen konnte, oder ob man sich darüber auseinandergesetzt hat, wer nun in diesem Tage der Ausräumung gewesen ist, die Geben oder die Abeten. Bemerkung des Schriftführers: Ein Fall verdient doch noch veröffentlicht zu werden. Nach der Versammlung kam ein Meister auf mich zu und erzählte, einer von den sich am sanftesten gehabenden Gelben wäre am ersten Weihnachtstage zu ihm gekommen, sein Geselle hätte gerade zu Mittag gegessen. Dann hätte der Betreffende gesagt: Nun Ihr Geselle bekommt zwei Braten, ich habe heute Kartoffeln gekauft. — Mit solchen Menschen muß man sich herumschlagen!)

### Befannismierung des Verbandsvorstandes.

Nach §§ 31 und 33 des Statuts hat der Verbandsvorstand folgendes

#### Wahlreglement

für die Delegiertenwahl zum 11. ordentlichen Verbandsstag beschlossen:

Die Wahlen werden in solchen Mitgliedschaften, welche jede allein einen Wahlkreis bilden, von dem Vorstand der Mitgliedschaft geleitet, daselbe geschieht auch in solchen Mitgliedschaften und Zahlstellen, von denen mehrere zusammen einen Wahlkreis bilden. Doch erfolgt in letzteren Wahlkreisen die Zusammenstellung des Wahlergebnisses wie die Abberaumung der sich etwa nötig machenden Stichwahlen durch die vom Verbandsvorstand ernannte Wahlkommission (als solche fungieren die Gauvorstände, deren Adressen unten bekannt gegeben sind), während in einer Mitgliedschaft, die allein einen Wahlkreis bildet, der Vorstand dieses auszuführen hat.

Die Wahl leitet der Vorsitzende resp. der Vertrauensmann der Mitgliedschaft resp. Zahlstelle, ist er jedoch als Kandidat aufgestellt, so hat sein Stellvertreter resp. ein anderer Vorstandsmitglied die Wahl zu leiten.

#### Vorschläge von Kandidaten.

Zur Vermeidung einer zu großen Stimmenzerplatzung wird es sich empfehlen, wenn die zu den einzelnen Wahlabteilungen zählenden Mitgliedschaften umgehend ihre Kandidatenvorschläge dem Wahlkomitee mitteilen, damit diese die Vorschläge den Mitgliedschaften ihrer Wahlabteilungen bekannt geben können.

Die vorgeschlagenen Kandidaten müssen dem Wahlkomitee bis spätestens am 4. Februar 1907 mitgeteilt sein.

Das Wahlkomitee hat diese Vorschläge nicht vor dem 5. Februar 1907 zusammenzutragen und den einzelnen Mitgliedschaften sofort, spätestens aber bis zum 8. Februar 1907 bekannt zu geben.

Etwas nach dem 4. Februar 1907 dem Wahlkomitee zugehende Vorschläge können wohl zur Wahl zugelassen werden, für das Wahlkomitee besteht aber keineswegs eine Verpflichtung, diese Vorschläge den Mitgliedschaften zur Kenntnis zu bringen.

Ebenso besteht auch keineswegs für die Mitglieder die Verpflichtung, die Vorschlägen zu wählen.

#### Wahlberechtigung und Wahlbarkeit.

Wahlberechtigt und wählbar ist jedes Verbandsmitglied. Wählen kann ein Mitglied nur in der Wahlabteilung, in welcher es zurzeit in der Mitgliedschaft als zählendes Mitglied eingetragen ist; gewählt können jedoch auch solche werden, die in einer andern Wahlabteilung in der Liste stehen.

#### Wahlhandlung.

Der Nr. 6 der „Deutsch. Bäckerzeitung“, die am 9. Februar in den Händen der Vorstände der Mitgliedschaften ist, haben die Vorstände resp. Vertrauensleute für jedes Mitglied ein an den Wahlleiter der Mitgliedschaft adressiertes Käubert, enthaltend einen mit dem Ortsstempel versehenen Stimmzettel beizulegen. Der Stimmzettel muss Angaben darüber enthalten, wiediel Delegierte im Wahlkreis zu wählen sind. Diese Stimmzettel sind von den Mitgliedern auszufüllen, d. h.: Namen des oder der zu wählenden Delegierten darauf zu schreiben und sind diese Stimmzettel im geschlossenen Käubert entweder an den Wahlleiter der Mitgliedschaft persönlich abzuliefern oder per Post einzuschicken oder in den Mitgliederversammlungen, die in jedem Verbandsort in der Woche vom 10. bis 17. Februar (sondern der beiden Sonntage am 10. und 17. Februar) stattfinden müssen, abzuliefern.

Die Vorstände resp. Vertrauensleute können auf die Stimmzettel die Namen der vorgeschlagenen Kandidaten drucken resp. durch Verschriftigung aufschreiben lassen. S. diesem Falle haben die Mitgl. der die ihnen nicht konkurrierenden Kandidaten auszutreichen, so daß nur so viele Namen stehen bleiben, wie Delegierte in der betreffenden Wahlabteilung zu wählen sind. Stimmzettel, die mehr Namen enthalten, sind ungültig. Orthographisch unrichtig geschriebene Stimmzettel sind gültig, sofern der Name darauf deutlich zu erkennen ist.

Am Sonntag den 17. Februar nachmittags 3 Uhr sofort wo an diesem Sonntag die Mitgliederversammlungen stattfinden, am Schluß derselben ist die Wahlhandlung geöffnet. Der Vorstand der Mitgliedschaft resp. Vertrauensmann mit noch zwei zur Feststellung des Wahlergebnisses erwählten Kollegen stellen sofort das Resultat der Wahl fest.

Über die Wahlhandlung und das Ergebnis derselben ist ein Protokoll aufzunehmen und von sämtlichen Vorstandsmitgliedern zu unterzeichnen und mit dem Stempel der Mitgliedschaft zu versehen. Dasselbe muß enthalten, wie viel Stimmen im ganzen und wie viel auf jeden einzelnen Kandidaten abgegeben worden sind. Dieses Protokoll haben Mitgliedschaften, welche allein einen Wahlkreis bilden, dem Verbandsvorstand einzutragen, während es jene, die mit anderen zusammen einen Wahlkreis bilden, sofort an das Wahlkomitee zu schicken haben. Bis 30. Februar muß die Hauptwahl vollzogen und das Protokoll in Händen des Wahlkomitees sein.

Prüfung und Zusammenstellung des Ergebnisses durch das Wahlkomitee.

Nach Eingang der Wahlergebnisse und Protokolle hat der Vorsitzende des Wahlkomitees sofort, jedoch nicht vor dem 21. Februar 1907, das Wahlkomitee zu einer Sitzung einzuberufen.

In dieser Sitzung werden die Protokolle über die Wahlen in den einzelnen Zahlstellen durchgesehen und das Wahlergebnis zusammengestellt.

Gewählt als Delegierter ist dasjenige Mitglied, welches die höchste Stimmenzahl erhalten hat, wenn es mindestens eine Stimme mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten hat. Stellt sich eine absolute Mehrheit überhaupt nicht heraus, so ist eine

#### Stichwahl.

zu veranlassen, zu welcher von den Kandidaten nur diejenigen in Frage kommen, welche die höchste Stimmenzahl erhalten haben, und zwar immer nur einer mehr als die Zahl der noch zu wählenden.

In diesem Falle ist den Mitgliedschaften der Wahlabteilung das Wahlergebnis sofort, spätestens aber so zeitig mitzuteilen, daß es bis am 23. Februar 1907 in ihren Händen ist.

Die Stichwahl findet in gleicher Weise wie die Hauptwahl statt und zwar sind dann die Stimmzettel mit Nr. 8 der „D. Bäckerzeitung“, die am 23. Februar erscheint, den Mitgliedern zuzustellen und müssen die Mitgliederversammlungen in allen Verbandsorten in den Tagen vom 24. bis 27. Februar stattfinden.

Jeder Stimmzettel darf nur so viele Namen enthalten, als Delegierte zu wählen sind.

Das Stichwahlresultat nebst Protokoll ist so zeitig an das Wahlkomitee einzusenden, daß es spätestens am 1. März 1907 in seinen Händen ist.

Die Zusammenstellung und Prüfung durch das Wahlkomitee darf vor dem 2. März 1907 nicht erfolgen.

Für die Prüfung der Stichwahlresultate gelten die Bestimmungen wie bei der Hauptwahl mit der Erweiterung, daß nunmehr alle Stimmzettel, die einen andern Namen als den eines zur Stichwahl stehenden Kandidaten enthalten, ungültig sind und nicht mitgezählt werden. Als gewählt gelten diejenigen, die die meisten Stimmen erhalten. Ist Stimmengleichheit vorhanden, so entscheidet das Los, welcher Entscheid sofort herbeizuführen ist.

#### Mitteilung des Endergebnisses.

#### Ausstellung des Mandats.

Ist die Wahl endgültig entschieden, so ist das Ergebnis dem Mitgliedschaften sowie dem Verbandsvorstand, letzterem unter Angabe der genauen Adresse des Delegierten, später bis zum 3. März 1907 mitzuteilen.

Der Verbandsvorstand stellt hierauf die Mandate aus und sendet sie den gewählten Delegierten; die Mandate dienen denselben neben dem Mitgliedsbuch als Legitimation zum Verbandsstag.

#### Kontrolle über die Wahl der Delegierten.

Die Wahl der Delegierten wird durch den Verbandsvorstand kontrolliert; dieser ist auch verpflichtet, jede auf die Wahl Bezug habende Auskunft zu erteilen. Einige Unregelmäßigkeiten bei der Wahl sind sofort mitzuteilen. Er ist berechtigt, eventuell eine Neuwahl anzurufen. Sämtliche Wahlakten sind von dem Wahlkomitee dem Vorstand einzuführen.

#### Verhinderung eines gewählten Delegierten. — Erlassmann.

Ist ein Delegierter durch unvorhergesehene Ereignisse verhindert, sein Mandat auszuüben, so hat er dies dem Vorstand umgehend mitzuteilen, welcher dann als Erlassmann denjenigen Kandidaten mit der Vertretung beauftragt, der nun ihm die höchste Stimmenzahl erhalten hat oder mit ihm die Stichwahl bekommen oder durch Losentscheid gegen ihn unterlegen ist.

Die Einzelmitglieder in Sachen können dem Verbandsvorstand Kandidaten vorstellen, welcher dann die Delegierten ernannt.

#### Wahlreiseleitung.

	Mitgliedschaften und Zahlstellen	Mitgl. Deleg.
1. Breslau 73, Königsberg 31 Mitglieder	104	1
2. Danzig	103	1
3. Katowitz 37, Thorn 5, Bromberg 3, Waldenburg 25, Striegau 4, Görlitz 16, Weißwasser 15	103	1
4. Cottbus 57, Forst 21, Brandenburg 29	107	1
5. Berlin	1932	5
6. Stettin	102	1
7. Magdeburg	139	1
8. Halberstadt 16, Schönebeck 5, Bernburg 9, Dessau 18, Halle 56	104	1
9. Minden 10, Hildesheim 14, Braunschweig 45, Stendal 7, Stadehagen 5, Lüneburg 32	113	1
10. Hamburg 57, Geestenberg 29, Neumünster 21, Elmshorn 13	120	1
11. Hannover	121	1
12. Lübeck 81, Schwerin 14, Rostock 30	125	1
13. Hamburg 1216, Uelzen 346, Bergedorf 23, Wilhelmsburg 19	1604	5
14. Kiel	141	1
15. Bremen	156	1
16. Bremerhaven 44, Oldenburg 31, Bremen-Wilhelmshaven 37	112	1
17. Dortmund	127	1
18. Essen a. Ruhr	134	1
19. Überfeld	142	1
20. Düsseldorf 52, Duisburg 17, Gelsenkirchen 43	112	1
21. Köln a. Rh.	122	1
22. Leipzig	354	1
23. Dresden	311	1
24. Plauenischer Grund	126	1
25. Chemnitz 90, Leipzig 11	101	1
26. Zwickau 11, Zwickau 19, Grimma 15, Auerbach 11, Delitzsch 10, Planitz 42	108	1
27. Rudolstadt 23, Jena 19, Schmölln 11, Gera 8, Erfurt 29	102	1
28. Altenburg 32, Meuselwitz 27, Zeitz 29, Weizsäkels 15	103	1
29. Apolda 9, Göttingen 13, Gotha 38, Coburg 5, Altenburg 22, Eisenach 13	100	1
30. Kassel 81, Marburg 9, Fulda 10	100	1
31. Gießen-Weklar 25, Homberg v. d. H. Hanau 36	112	1

Mitgliedschaften und Zahlstellen	aktgl. Deleg.
32 Frankfurt a. M. 582, Höchst 42, Offenbach 59	683 2
93 Wiesbaden	156 1
34 Mainz	111 1
35 Karlsruhe	124 1
36 Mannheim	295 1
37 Brünn 23, Meß 14, Karlsruhe 63	100 1
38 Konstanz 22, Mühlhausen 21, Straßburg 7, Trierburg 59	109 1
39 Stuttgart	104 1
40 Darmstadt 34, Würzburg 26, Schwabach 27, Esslingen 10, Schwaigern 8	105 1
41 Nürnberg	231 1
42 Regensburg	139 1
43 Landshut	111 1
44 München	1051 4
45 Straubing 62, Deggendorf 16, Passau 11, Kempten 6, Lindau 6	101 1
46 Bad Stebenhall 58, Augsburg 47	105 1
47 Traunstein 38, Rosenheim 80	118 1
47 Wahlkreise 11033 Mitglieder, 59 Delegierte	

Zum Verbandstag 1915 waren es 39 Wahlkreise mit 846 Mitgliedern und 47 Delegierten.

(Diese Mitgliederzahl hat der Vorstand in der Weise berechnet, indem er als Durchschnittsleistung im Quartal 11 Brotbeiträge angenommen, die Zahl der im vierten Quartal eingegangenen Beiträge also durch 11 dividiert hat.)

Als Kommittees hat der Vorstand folgende Gauwände beauftragt:

für den 1. und 3. Wahlkreis: Gauvorstand in Dresden.

Adresse: Julius Biegler, Breslau, Neue Taschenstr. 13 IV.

für den 4. und 8. Wahlkreis: Gauvorstand in Berlin.

Adresse: Karl Heßigold, Berlin R. 54, Auguststr. 96.

für den 9., 10., 12., 16. und 20. Wahlkreis: Gauvorstand in Hamburg.

Adresse: Bernhard Lieder, Hamburg 1, Besenbinderhof 57.

für den 25., 26., 27., 28. und 29. Wahlkreis: Gauvorstand in Leipzig.

Adresse: Willi Dahl, Leipzig-Plachwitz, Grünholzallee 2a.

für den 30., 31., 37. und 38. Wahlkreis: Gauvorstand in Frankfurt a. M.

Adresse: Kurt Lauter, Frankfurt a. M., Endzstr. 15 II.

für den 40., 45., 46. und 47. Wahlkreis: Gauvorstand in München.

Adresse: Heinrich Göckeler, München, Himmelstr. 32 a.

Die Kommittees zu Wahlkreisstellen werden den Mitgliedern raschzeitig vom Sekretärsvorstand angelautet.

Auf Antrag der Gesamtmitglieder in Auerbach i. B. werden aus dem Verband auf Grund des § 8 des Statuts ausgetragen:

Wet. Träger: Bremen 29.977

Hugo Vöhring, Bremen 35.768

Der Sekretärsvorstand, S. A. D. Ullmann, Vor-

### Eintrag

Vom 14. bis 20. Januar gingen bei der Hauptstätte des Verbandes folgende Beiträge ein:

für Monat November: Mitgliedschaft Brandenburg 4.502, Altenburg 50, Weismain 1720, Apolda 1490, Senften 30.80, Höchst 68.60, Bremerhaven 47.60, Metzingen 18.40, Neumünster 33.70, Stettin 19.05, Dorstadt 217.5, Bremen 267.90, Solingen 55.10, Cottbus 109.90, Köln 50.20, Bremen 55.40, Chemnitz 171.50, Nauen 61, Gotha 42.20, Freiburg 120.70, Solingen 106.90, Danzig 15.10, Erfurt 22.60, Köln 25.50, Eltern 224.75, Elmshorn 16.10, Wittenberg 22.70.

für November und Dezember: Salzburg 37.70, Würzburg 26.60, Fulda 21.70

für Oktober bis Dezember: Schwaigern 34.3180

für Einzelzahler der Hauptkasse: H. A. 7, Chemnitz 2, G. E. 2, Bremen 7, G. S. 10, Bielefeld 46.50, A. R. Leipzig 52.50, G. A. Aschersleben 8, G. B. Siegen 31, M. S. Eltern 10, G. S. Auerbach 1.

für Abonnement und Inkonsen: D. R. Jena 2, G. 7, London 6.26, Mitgliedschaft Höchst 2, Mitgliedschaft Breslau 100, G. A. Görlitz 3, A. R. Hamburg 8.40, H. A. Hanau 240.

für Kalender: G. E. 2, Leipzig 12.

Der Hauptkassier, H. F. Friedmann.

### Gedenkgästliches.

Der Gesamtverband erlangte bei Eröffnung einer allgemeinen Versammlung bei Eröffnung der neuen Bäckerei ungemein hoher Resonanz. Das erste Brotjahr aus neuerer Hand Bäckerei zeigte einen Erfolg, und Weißbrot auch verhältnismäßig guten Absatz und Geschäftserfolg in absehbarer Zukunft. Ein besonderer, fast der einzige Preis der neuen Bäckerei ist vielleicht alle Anerkennung und in ganz besonderem Maße zu loben, dass sie nicht nur ein weiterer Preis mehr, doch unter Überbäckter von Gebrauch in jeder Weise besteht.

Dann wünsche ich unseren Mitgliedern und allen Freunden welche an dem Geistigen der Bäckerei partizipieren mögen, dass dieser Brotjahr als sehr geglückt gelungen sei. Die Eröffnungsfeier der Bäckerei erfolgte am 1. Februar, und war der Anfang der Bäckerei sehr gut, so dass sie bald eine sehr lebhafte und fröhliche Zeit für uns bringen wird, die wir in einer Woche gewiss erreichen werden. Die weitere Entwicklung von Bäckerei und Bäckerei, die ausreichende Erweiterung von Bäckerei und Bäckerei ist der Ende befindet und das Brotjahr ist gesetztes Gebot zu bringen. Diese Bäckerei legen

sollten baldmöglichst eröffnet werden; für das Anstreben von Kaffeebrot sind Trägerinnen angestellt, um den Verkauf darin nur einigermaßen zu befriedigen.

Die Erlanger Bäckereimeister hatten sonst und sonders geschlossen, die Lieferantenverträge aufzulösen, was uns vor Weihnachten noch Bäckerei aus die Mühle war und uns noch mehr Kunden gespendet, und zwar alle jene, die nun keine Aussicht mehr hatten, einen gratis Weihnachtstollen zu erhalten, uns wurde auch nebenbei die Arbeit des Bäckereimeisters erspart.

Zu gleicher Zeit ist auch das eingetroffen, was wir schon lange vorher sagten: die Bäckereimeister haben es fertig gebracht, "der Not gehorchen, nicht dem eigenen Triebe", die seit Menschenzeiten eingeführte Zugabe auf Brot abzusagen und den Brotpreis zu erniedrigen, so daß der selbe mit dem des Konsumvereins gleich ist. Wenn man bedenkt, daß die besseren Bäckereimeister das 4 Pfundbrot um 60 Pf., das 6 Pfundbrot um 90 Pf. verkaufen und auf jedes Laib mit einer kleinen Zugabe auf Weißbrot machen, mohingegen im Konsumverein das 4 Pfundbrot um 50 Pf. und das 6 Pfundbrot um 75 Pf. verkauft wird, so kann man die ungemeine Dreistigkeit ermessen, mit der die vereinten Bäcker jahrelang das konsumierende Publikum idrängten. Wenn es noch eines Beweises für die Notwendigkeit des Konsumvereins bedarf hätte, mit diesem Erfolg ist dies sicherlich erbracht, und seine Existenzberechtigung glänzend bestimmt. Wenn man weiter betrachtet, welche eminenten Vorteile die Errichtung der Bäckerei in wichtigerlicher Beziehung der gesamten Bevölkerung gebracht hat, so muß die Bedeutung des Konsumvereins als Preisregulator anerkannt werden.

Die Bäckereimeister dachten natürlich nicht daran, der Bevölkerung mit der Herabsetzung des Brotpreises in liebevoller Weise entgegenzutreten, sondern sich durch diese Maßregel die Kundenschaft zu erhalten und uns das Geschäft zu verdrehen. Doch trotzdem sich ja alles gegen uns veränderten hatte, erzielten wir im Dezember in der Bäckerei einen Umsatz von 5377 M. Da in den davorliegenden Feiertagen besonders von den Mitgliedern viel gebadet wird, gibt der Betrag kein abgeschlossenes Bild, aber wird die Bedeutung desselben dadurch beeinträchtigt. Trotzdem ist unsere Rechnung in jeder Hinsicht überzeugend worden.

Der Konsumverein Bremen berichtet über das am 30. Juni 1915 abgeschlossene 21. Geschäftsjahr, das aber nur neun Monate umfaßte. Die Zahl der Mitglieder stieg von 4017 auf 4215, der Gesamtumsatz im Verhältnis zu der entsprechenden Periode des Vorjahrs von 62.774 M. auf 78.176 M. also um 103.402 M. Der durchschnittliche Mitgliedsbeitrag betrug im Vorjahr 230 M. im Berichtsjahr 249 M. hat sich mithin um 19 M. erhöht. Von dem Gesamtumsatz entfallen 53.073 M. auf das neu eingerichtete Getreidem- und Schuhwarengeschäft, das im übrigen noch nicht den darum gehörigen Erwartungen entspricht, ferner 67.150 M. auf das Brennmaterialgeschäft und 97.488 M. auf die in den Brotverkaufsstellen und durch die Semmelanstalterinnen umgesetzten Bäckwaren. Das Getreideangebot, in welchem im Vorjahr noch 31.950 M. umgekehrt wurden, ist aufgehoben. Die Getreideabnahmen der Bäckerei betrafen sich um 295.425 M. gegen 213.581 M. im vorhergehenden Vorjahr. Die Bäckerei hat als höchste Tagesleistung 1200 Stück Brote im Gewicht von 64.14 Zentner und 12.500 Stück Weißbrot zu verzeichnen. Verkauft wurden 2500 Zentner Weizenmehl und 7800 Zentner Roggenmehl. 1 Zentner Roggenmehl ergab im Durchschnitt 139 Pf. Brot. Der Brotpreis wurde im Berichtsjahr nicht erhöht und verblieb bei 11 Pf. pro Pfund, angehängt der vorwährenden Steigerung der Brotpreise soll nun aber auch der Brotpreis der preisenden Konkurrenz angehobt oder doch erhöht werden. Der Umsatz in Weißgebäck hat um 25 Proz. zugenommen, während derjenige in Brot nicht gestiegen ist. Die Getreideabnahme beläuft sich im Berichtsjahr 56 Perzenten. Die Bäckerei erzielte 20.258 M. Brüderlein.

Der Konsumverein Bremen berichtet über das am 30. Juni 1915 abgeschlossene 21. Geschäftsjahr, das aber nur neun Monate umfaßte. Die Zahl der Mitglieder stieg von 4017 auf 4215, der Gesamtumsatz im Verhältnis zu der entsprechenden Periode des Vorjahrs von 62.774 M. auf 78.176 M. also um 103.402 M. Der durchschnittliche Mitgliedsbeitrag betrug im Vorjahr 230 M. im Berichtsjahr 249 M. hat sich mithin um 19 M. erhöht. Von dem Gesamtumsatz entfallen 53.073 M. auf das neu eingerichtete Getreidem- und Schuhwarengeschäft, das im übrigen noch nicht den darum gehörigen Erwartungen entspricht, ferner 67.150 M. auf das Brennmaterialgeschäft und 97.488 M. auf die in den Brotverkaufsstellen und durch die Semmelanstalterinnen umgesetzten Bäckwaren. Das Getreideangebot, in welchem im Vorjahr noch 31.950 M. umgekehrt wurden, ist aufgehoben. Die Getreideabnahmen der Bäckerei betrafen sich um 295.425 M. gegen 213.581 M. im vorhergehenden Vorjahr. Die Bäckerei hat als höchste Tagesleistung 1200 Stück Brote im Gewicht von 64.14 Zentner und 12.500 Stück Weißbrot zu verzeichnen. Verkauft wurden 2500 Zentner Weizenmehl und 7800 Zentner Roggenmehl. 1 Zentner Roggenmehl ergab im Durchschnitt 139 Pf. Brot. Der Brotpreis wurde im Berichtsjahr nicht erhöht und verblieb bei 11 Pf. pro Pfund, angehängt der vorwährenden Steigerung der Brotpreise soll nun aber auch der Brotpreis der preisenden Konkurrenz angehobt oder doch erhöht werden. Der Umsatz in Weißgebäck hat um 25 Proz. zugenommen, während derjenige in Brot nicht gestiegen ist. Die Getreideabnahme beläuft sich im Berichtsjahr 56 Perzenten. Die Bäckerei erzielte 20.258 M. Brüderlein.

Der Konsumverein Bremen berichtet über das am 30. Juni 1915 abgeschlossene 21. Geschäftsjahr, das aber nur neun Monate umfaßte. Die Zahl der Mitglieder stieg von 4017 auf 4215, der Gesamtumsatz im Verhältnis zu der entsprechenden Periode des Vorjahrs von 62.774 M. auf 78.176 M. also um 103.402 M. Der durchschnittliche Mitgliedsbeitrag betrug im Vorjahr 230 M. im Berichtsjahr 249 M. hat sich mithin um 19 M. erhöht. Von dem Gesamtumsatz entfallen 53.073 M. auf das neu eingerichtete Getreidem- und Schuhwarengeschäft, das im übrigen noch nicht den darum gehörigen Erwartungen entspricht, ferner 67.150 M. auf das Brennmaterialgeschäft und 97.488 M. auf die in den Brotverkaufsstellen und durch die Semmelanstalterinnen umgesetzten Bäckwaren. Das Getreideangebot, in welchem im Vorjahr noch 31.950 M. umgekehrt wurden, ist aufgehoben. Die Getreideabnahmen der Bäckerei betrafen sich um 295.425 M. gegen 213.581 M. im vorhergehenden Vorjahr. Die Bäckerei hat als höchste Tagesleistung 1200 Stück Brote im Gewicht von 64.14 Zentner und 12.500 Stück Weißbrot zu verzeichnen. Verkauft wurden 2500 Zentner Weizenmehl und 7800 Zentner Roggenmehl. 1 Zentner Roggenmehl ergab im Durchschnitt 139 Pf. Brot. Der Brotpreis wurde im Berichtsjahr nicht erhöht und verblieb bei 11 Pf. pro Pfund, angehängt der vorwährenden Steigerung der Brotpreise soll nun aber auch der Brotpreis der preisenden Konkurrenz angehobt oder doch erhöht werden. Der Umsatz in Weißgebäck hat um 25 Proz. zugenommen, während derjenige in Brot nicht gestiegen ist. Die Getreideabnahme beläuft sich im Berichtsjahr 56 Perzenten. Die Bäckerei erzielte 20.258 M. Brüderlein.

Der Konsumverein Bremen berichtet über das am 30. Juni 1915 abgeschlossene 21. Geschäftsjahr, das aber nur neun Monate umfaßte. Die Zahl der Mitglieder stieg von 4017 auf 4215, der Gesamtumsatz im Verhältnis zu der entsprechenden Periode des Vorjahrs von 62.774 M. auf 78.176 M. also um 103.402 M. Der durchschnittliche Mitgliedsbeitrag betrug im Vorjahr 230 M. im Berichtsjahr 249 M. hat sich mithin um 19 M. erhöht. Von dem Gesamtumsatz entfallen 53.073 M. auf das neu eingerichtete Getreidem- und Schuhwarengeschäft, das im übrigen noch nicht den darum gehörigen Erwartungen entspricht, ferner 67.150 M. auf das Brennmaterialgeschäft und 97.488 M. auf die in den Brotverkaufsstellen und durch die Semmelanstalterinnen umgesetzten Bäckwaren. Das Getreideangebot, in welchem im Vorjahr noch 31.950 M. umgekehrt wurden, ist aufgehoben. Die Getreideabnahmen der Bäckerei betrafen sich um 295.425 M. gegen 213.581 M. im vorhergehenden Vorjahr. Die Bäckerei hat als höchste Tagesleistung 1200 Stück Brote im Gewicht von 64.14 Zentner und 12.500 Stück Weißbrot zu verzeichnen. Verkauft wurden 2500 Zentner Weizenmehl und 7800 Zentner Roggenmehl. 1 Zentner Roggenmehl ergab im Durchschnitt 139 Pf. Brot. Der Brotpreis wurde im Berichtsjahr nicht erhöht und verblieb bei 11 Pf. pro Pfund, angehängt der vorwährenden Steigerung der Brotpreise soll nun aber auch der Brotpreis der preisenden Konkurrenz angehobt oder doch erhöht werden. Der Umsatz in Weißgebäck hat um 25 Proz. zugenommen, während derjenige in Brot nicht gestiegen ist. Die Getreideabnahme beläuft sich im Berichtsjahr 56 Perzenten. Die Bäckerei erzielte 20.258 M. Brüderlein.

Der Konsumverein Bremen berichtet über das am 30. Juni 1915 abgeschlossene 21. Geschäftsjahr, das aber nur neun Monate umfaßte. Die Zahl der Mitglieder stieg von 4017 auf 4215, der Gesamtumsatz im Verhältnis zu der entsprechenden Periode des Vorjahrs von 62.774 M. auf 78.176 M. also um 103.402 M. Der durchschnittliche Mitgliedsbeitrag betrug im Vorjahr 230 M. im Berichtsjahr 249 M. hat sich mithin um 19 M. erhöht. Von dem Gesamtumsatz entfallen 53.073 M. auf das neu eingerichtete Getreidem- und Schuhwarengeschäft, das im übrigen noch nicht den darum gehörigen Erwartungen entspricht, ferner 67.150 M. auf das Brennmaterialgeschäft und 97.488 M. auf die in den Brotverkaufsstellen und durch die Semmelanstalterinnen umgesetzten Bäckwaren. Das Getreideangebot, in welchem im Vorjahr noch 31.950 M. umgekehrt wurden, ist aufgehoben. Die Getreideabnahmen der Bäckerei betrafen sich um 295.425 M. gegen 213.581 M. im vorhergehenden Vorjahr. Die Bäckerei hat als höchste Tagesleistung 1200 Stück Brote im Gewicht von 64.14 Zentner und 12.500 Stück Weißbrot zu verzeichnen. Verkauft wurden 2500 Zentner Weizenmehl und 7800 Zentner Roggenmehl. 1 Zentner Roggenmehl ergab im Durchschnitt 139 Pf. Brot. Der Brotpreis wurde im Berichtsjahr nicht erhöht und verblieb bei 11 Pf. pro Pfund, angehängt der vorwährenden Steigerung der Brotpreise soll nun aber auch der Brotpreis der preisenden Konkurrenz angehobt oder doch erhöht werden. Der Umsatz in Weißgebäck hat um 25 Proz. zugenommen, während derjenige in Brot nicht gestiegen ist. Die Getreideabnahme beläuft sich im Berichtsjahr 56 Perzenten. Die Bäckerei erzielte 20.258 M. Brüderlein.

Der Konsumverein Bremen berichtet über das am 30. Juni 1915 abgeschlossene 21. Geschäftsjahr, das aber nur neun Monate umfaßte. Die Zahl der Mitglieder stieg von 4017 auf 4215, der Gesamtumsatz im Verhältnis zu der entsprechenden Periode des Vorjahrs von 62.774 M. auf 78.176 M. also um 103.402 M. Der durchschnittliche Mitgliedsbeitrag betrug im Vorjahr 230 M. im Berichtsjahr 249 M. hat sich mithin um 19 M. erhöht. Von dem Gesamtumsatz entfallen 53.073 M. auf das neu eingerichtete Getreidem- und Schuhwarengeschäft, das im übrigen noch nicht den darum gehörigen Erwartungen entspricht, ferner 67.150 M. auf das Brennmaterialgeschäft und 97.488 M. auf die in den Brotverkaufsstellen und durch die Semmelanstalterinnen umgesetzten Bäckwaren. Das Getreideangebot, in welchem im Vorjahr noch 31.950 M. umgekehrt wurden, ist aufgehoben. Die Getreideabnahmen der Bäckerei betrafen sich um 295.425 M. gegen 213.5

## Verdienst und Schuld.

Bon Edm und Schöpfl.

Jeder erfahrene und ausgelernte Mensch ist in der Beurteilung seiner selbst strenger und milder in der Beurteilung anderer, denn er weiß, wie wenig von dem, was die Menschen Löbliches an ihm finden, sein Verdienst, und wie wenig von dem, was andere gesehnt haben, ihre Schuld ist. Freiheit und Notwendigkeit teilen sich in alle unsere Handlungen und niemand vermag mit Genauigkeit zu bestimmen, wo der Anteil des Einen aufhört und der des Anderen beginnt.

Doch nicht nur die Konsequenz der Tatsachen, welche man fälschlich die Logik der Tatsachen nennt, übt eine zwingende Gewalt auf unsere Entschließungen, weit mächtiger noch ist die Notwendigkeit, welche uns aus angeborenen Anlagen, aus Erziehung und aus all den Umständen erwächst, welche gestaltend auf uns einwirken. Wie mancher verdammte Verbrecher, der sein Leben auf dem Scheit entendet, wäre nach Umständen ein Wohltäter der Menschheit, wie mancher gepräsene Held der Geschichte nach Umständen ein ruchloser Verbrecher geworden!

Nehmen wir an, zwei Menschen, welche zu gleicher Zeit mit denselben Fähigkeiten und Anlagen, mit demselben Temperament, mit denselben körperlichen Beschaffenheit geboren werden, zwei Menschen also, die, wenn möglich, sich bei der Geburt vollkommen identisch ähnlich sind.

Bei dem einen will es der Zufall, oder wollen wir das Glück sagen, daß er das Kind rechtshaffener, gebildeter und in geordneten Verhältnissen lebender Eltern ist. Der Andere dagegen ist ein „Opfer unserer Zeit“, deutlicher gesprochen, irgend ein lästiges Weibsel oder sonst ein Unglücksdruck, welchen eben das Unglück hat, das Kind gewissensloser, geistig verkommen und demoralisierte Leute zu sein. Fügen wir noch bei, daß diesen bemitleidenswerten Weltbürgern so zu sagen das Glück gezeugt hat und seines auch fortan bessere Lebensgefährte bleibt.

Wie ungleich werden sich diese Kinder schon nach den ersten Lebensjahren, also noch vor dem Erwachen des Selbstbewusstseins, geworden sein! Welchen Unterschied begründet schon die Verschiedenheit der körperlichen Pflege. Das eine atmet in gelüfteten Zimmern reine, frische Luft, genießt hinreichende, dem Kindesalter angemessene Nahrung, und wird täglich gewaschen und gebadet. Das andere atmet die verdorbene Luft eines engen, dumpfen Raumes, in dem eine zahlreiche Familie, ja sogar noch Altparteien, zusammengepfercht wohnen. Dieses Kind bekommt unzureichende und für sein jüngeres Alter unpassende und oft sogar sehr schädliche Nahrung. Halbe Tage lang ist das arme Wesen, in Schmutz und Unrat liegend, sich selbst überlassen, weil die Eltern oder deren Stellvertreter der Arbeit, wo nicht gar dem Laster, nachgehen. Sein Blut — und dies hat auf Temperament und Begierden so großen Einfluß — wird also schon in einem Alter vergiftet, in welchem das Leben des Kindes noch größtenteils ein fiktives ist. Wie weit aber werden die Kinder auseinandergehen, wenn die moralische und intellektuelle Bildung beginnt!

Das eine hat in seinen Eltern, die eifrig bemüht sind, seine Anlagen zu einem menschenwürdigen Dasein ebenso sorgfältig zu pflegen und zu entwickeln, wie seine bösen Anlagen zu unterdrücken, lebendige Vorstellung des Guten, es hört und sieht nichts schlechtes von ihnen noch von seiner sonstigen Umgebung. Es lebt in einer rein moralischen Atmosphäre, die mit der unmerklichen, aber unüberstebblichen Macht des Beharrens auf sein Empfinden, auf sein Denken und Tun bestimmend und gestaltend wirkt. Frühzeitig wurden ihm menschenrechtliche Grundzüge eingepflzt und an diese gewöhnt, wird ihm das Streben nach dem Guten zur Freude, das Unterlassen des Bösen leicht. Inz. Junglingsalter gezeigt, wird er sich einem ihm zugänglichen Beruf und seiner Tätigkeit, seinem Fleiß, gelingt es bald, sich hervorzuheben, zu Ehren und Ansehen zu kommen. Wohl hat er noch immer die Freiheit, den Weg der Unrechtschlecht und des Lasters zu gehen, allein, er ist so sehr gewöhnt, den Weg des Rechts und des Anstandes zu wandeln, daß er gar nicht versucht ist, davon abzuweichen. Er gründet einen Haushalt, erzieht seine Kinder in denselben Grundsätzen, in denen er selbst erzogen worden, und stirbt endlich nach einem tätigen, verdienstreichen und zufriedenen Leben, geiebt und gelehrt von seinen Mitbürgern und tief und aufrichtig beklagt von Angehörigen.

Wie verschieden gestaltet sich das Los des anderen. Kaum bämmt in ihm das Licht des Selbstbewusstseins, so hat das arme Kind Scenen der Ruheit, der Gemeinheit, der Lasterschlecht vor Augen, die seine ursprünglich guten Anlagen im Keime erst den, seine tierischen Begierden dagegen zu frühreicher Entwicklung anfeuern. Nicht nur lernt er nichts gutes, man hält ihn gar noch zur Bettelrei, zum Müßiggang, zur Lüge, zum Betrug und Diebstahl fast automatisch an. Allmählich stumpt sich das Unterscheidungsvermögen für Recht und Unrecht, Ehre und Schande so weit in ihm ab, daß der nur bei sehr wenigen oder gar ohne jeden Schulunterricht aufgewachsene junge Mensch keinen anderen Regel gegen verbrecherische Gelüste mehr kennt, als die Furcht vor Entdeckung und Strafe. Er kommt so durch eine Schule des Lasters in das Alter der Selbständigkeit. Die zur Gewohnheit gewordene Arbeitslosigkeit verhindert ihn, auf dem mühsamen Wege der Arbeit nicht sofern kein Brod zu verdienen. Allein, leben will er, und da seine tierischen Instinkte stark entwickelt sind, so will er gut leben. Er erwirbt also, was er zum Leben braucht, auf die Weise, die am wenigsten Mißbrauch kostet — er diebst, betrügt, und wenn er beim Manne widerstand findet, mordet er. Vielleicht hat er hier und da Veränderungen zum Guten. Er nimmt in der Tat einen kleinen dazu und sucht Arbeit; er klopft an mehrere Türen an, osstein, er ist überbeladen, er präsentiert sich in zerwühlter Kleidung und läuft Missstrafen ein, er wird mit körnigen Worten abgewiesen. Er fällt nun wieder zurück in den moralischen Schlammb, aus dem er sich kaum emporheben kann. Nun zeigt sich an seinen übrigen lasterhaften Meißnern noch ein kinder Haß und Mißachtung gegen seinen Mitmenschen. Nun raubt er, der Patriarch, nicht mehr bloß, wenn die Polizei ihn drückt, er rächt, er tönt, zeigt keiner an, um sich an der Menschheit zu rächen, die ihn aus ihrer Macht ausgeschlossen. Sein Mak wird endlich voll. Die Gerichte bemächtigen sich seiner

und er beschließt im Buchtbaum, wo nicht am Galgen, ein mehr tierisches als menschliches Dasein.

Da sieht man dann gewisse „ordnungsliebende und kommende“ Seelen sich auf die Brust schlagen, die Augen in sittlicher Entrüstung zum Himmel erheben und in die Worte ausbrechen: „Gott, wie kann es solche schlechten Menschen geben?“

Und doch hatte er dieselben Anlagen, ein guter Mensch zu werden, wie der Sohn der rechtschaffenen Eltern. Wir fragen nun, womit hatte er es verschuldet, daß er in der Höhle des Lasters, womit hatte der andere es verdient, daß er im Hause der Rechtschaffenheit und Ehrbarkeit gebeten und erzogen wurde? Was ist Schuld im Leben des einen, was Verdienst im Leben des andern?

Hierzu muß aber noch bemerkt werden, daß wir den günstigen Fall angenommen haben, daß beide Kinder mit gleichen Anlagen, Fähigkeiten, Neigungen geboren wurden. Wie nun aber, wenn, was wahrscheinlicher ist, das Kind der sitzenlosen Eltern schon den Keim der lasterhaften Triebe mit zur Welt bringt, wie es ja auch körperliche Gebrechen, Krankheitsanlagen, ja die Krankheiten selbst von ihnen erbte, während das Kind ordentlicher Eltern diesen schon bei der Geburt moralisch und intellektuell schneller, wie es körperlich ihr unverdorbenes Blut in sich aufgenommen hat? Allerdings gibt es auch Fälle, in denen Kinder der vorzüglichsten Eltern trotz aller auf ihre Erziehung vermittelten Sorgfalt fehlgeschlagen, hingegen Kinder, die in den ungünstigsten Verhältnissen geboren sind, alle Hindernisse, die einer menschenwürdigen Entwicklung ihrer geistigen und sittlichen Anlagen im Wege stehen, siegreich durchbrechen.

Diese Fälle sind eben nur Ausnahmen, welche die Regel nicht umstoßen. Wenn dies aber der Fall ist, dann wird Tugend und Laster, das ganze individuelle Sein des Menschen, ja unmittelbar auch sein Los, demselben zum Teil angeboren, zum Teil anerzogen. Gibt es also weder Verdienst noch Schuld, ist dann die sittliche Freiheit nur Wahnsinn? Keineswegs! Nur ist das Gebiet unserer sittlichen Freiheit sehr eng begrenzt. Trotzdem aber bleibt doch dem Menschen innerhalb der Grenzen, welche individuelle Anlagen, Erziehung, Lebensverhältnisse, Geist der Zeit und sonstige Einwirkungen seinem Freiheitsgebiete ziehen, noch Raum genug zu Verdienst oder Schuld, d. h. zu Handlungen aus freier Selbstbestimmung. Wir müssen also unterscheiden zwischen scheinbarem und wirklichem Verdienst, zwischen scheinbarem und wirklichem Schuld. Das scheinbare Verdienst ist wie die scheinbare Schuld ein Produkt aus Freiheit und Notwendigkeit. Fern einen Faktor von dem anderen zu trennen, das reine Metall von seiner Legierung zu scheiden, d. h. das Maß unserer Sittlichkeit zu bestimmen, das vermag kein Richter.

Somit ist es jetzt zu bedenken und es ein großes Unrecht, wenn man den Verbrecher, dieses Unwohlsein der menschlichen Gesellschaft, verdammt, ihn schuldig für seine Misserfolte findet und keinen glaubwürdigen Nebenmensch, den ein günstiges Los zu einem nützlichen Glied der Gesellschaft berufen, für verdienstvoll erklärt.

Als Schlusssatz wollen wir auch noch ganz oftien die Bekämpfung hinzufügen, daß zum großen Teile unter den beflugelten Korruptionen sozialen Arbeitgeber auf den moralischen Wert — ja an das ganze Dasein des Menschen, bestimmd und gestaltend einwirken! Korrumpierte gesellschaftliche Zustände verschulden kolloquiale Werte für viele Menschen; hingegen würden einer achtsamen, gerechten Zeit gewiß auch moralisch gesunde und gerechte Menschen zu verdanken sein!

## Zum Verbandstage.

Lange nicht so heftig, als wie dieses beim letzten Verbandstage der Fall war, setzte heuer die Polexit ein. Fast möchte man darüber, die Mitglieder schenken denselben nicht die nötige Aufmerksamkeit. Die Schuld wird wohl in der vorläufig festgesetzten Tagesordnung zu suchen sein, denn es fehlt dort die Beitragsabzahlung. Den ersten, außerordentlichen Mitgliedern wird aber schon längst klar sein, daß an Bedeutung der diesjährige Verbandstag, alle seine Vorgänger übertrifft. So werden dort prinzipsielle, taktische und problematische sowie agitatorisch wichtige Hauptpunkte ihre Erledigung finden müssen. Der Punkt Lohnverwaltung und Streik wird schon dafür Beweise genug erbringen. Es wird genau zu erwägen sein, inwieweit wir uns prinzipiell auf eine bestimmte Norm und Form bei Auflistung der Forderungen festlegen können. Meine Überzeugung ist, daß hierin ein großer Spielraum gelassen werden muß und die örtlichen Verhältnisse sowie die Stellung unserer Arbeitgeber in den einzelnen Orten den Ausklang geben, neben unerlässlichen Stärke und Tüchtigkeit. Ein schwer zu lösendes Problem wird die Lehrlingsfrage bilden. Hierin Wandel zu schaffen, wird uns noch nicht so leicht gelingen, aber unter Streben muß sein, alles aufzubieten, einen gejüngerten, freundigeren Nachwuchs heran zu bilden. Da gilt es vor allem, der Behörde klar zu machen, daß so jungen, bührenden Menschen nicht Schutz werden muß. So ersieht Verbot der Nachtarbeit unter 16 Jahren. Dann hinlängliche Sonntagsruhe und Verkürzung der Arbeitszeit auf höchstens 8 Stunden. Ein Hauptanwerk muß auf den Besuch der Fachschulen, insbesondere auf die angezeigte Schulzeit, gelegt werden. Wir alle, glaube ich, können ein Maedlein singen, was wir dort gelernt haben, wenn wir nach 12—15stündiger Arbeitszeit in die Schule fahren. Die Schulstunden auf vormittags festzusetzen in die übliche Arbeitszeit, ist ein Gebot der christlichen Barmherzigkeit.

Die Verkürzung der Arbeitszeit und der wöchentliche Ruhetag haben in den letzten Jahren bedeutend an Anhänger gewonnen und sind dies keine Probleme und prinzipielle Forderungen mehr, sondern sie sind auch durchführbar, was uns die Konsumvereine klar beweisen. Auch hege ich die Zuversicht, daß wir unter allen Hauptforderung, Abholzung der Kost und Logis, eine weitere hinzufügen wollen. Damit würde unseren Kollegen, welche letztere Wohlat schon genießen, neuer Stoff zu energischer, freudiger Agitation im Interesse aller geleistet werden.

Bemerkenswertes muß auch über die Haltung unserer Fachzeitung gesagt werden. Ein Totzweigen der

übrigen Organisationsvertreter darf nicht länger mehr statthalten. Es muß, wo es angebracht ist, gegen diese eine frische, fröhliche Kampfesweise Platz greifen, gegen ihre Ewig, spitzige sicher treffende Peile abgeschossen und die Bande überall angegriffen werden, wo es nötig ist. Zur Tariffrage mit den Konsumvereinen werden unsere dort beschäftigten Mitglieder sorgen, daß bessere Wölfe für sie herauskommen und daß es schließlich nicht abschrecken, wenn die Angestellten das gleiche tun.

H. G.

Eine verhältnismäßig kurze Zeit traut uns noch von dem Verbandstage. Es ist daher angebracht, die Aufmerksamkeit auf den Genossenschaftstarif zu richten, welcher bekanntlich im August d. J. abläuft. In Konsumbäderkreisen beschäftigt man sich auch neuerdings mit dieser Frage. So haben die Bäckereiarbeiter der Hamburger Genossenschaftsbäckereien „Vorwärts“ und „Produktion“ in einer Zuschrift an die Arbeiterausschüsse der übrigen Konsumvereinsbäckereien einen revidierten Entwurf zum Tarif überlandt zur Einsichtnahme und Begutachtung. Als Konsumbäcker in dieser Frage besonders interessiert, gestalte ich mit hier auf belagten Entwurf einzugehen, um gleichzeitig meine Meinung ebenfalls zum Ausdruck zu bringen. Die Einsichtnahme des genannten Entwurfs ließ die Vermutung aufkommen, als handle es sich hier um tief einschneidende Änderungen des Tarifs; ich muß daher leider gestehen, daß mich der eigentliche Inhalt des Schreibens, soweit er sich auf die Reformvorschläge bezieht, sehr enttäuschte. Ohne weiteres gebe ich zu, daß es zweckmäßig ist, eine Konsumbäckerkonferenz dem Verbandstage vorzuzuschicken und erkenne auch den vorgeschlagenen Weg als den geeignetesten hierzu, damit dem „wichtigsten Faktor“ den Konsumbäckern Gelegenheit geboten wird, in genügender Weise selbst mit tätig sein zu können bei der Neugestaltung des Tarifs.

Der revidierte Entwurf der Hamburger Kollegen unterscheidet sich aber in seiner Gestalt nur wenig von dem alten Tarif, so daß es eigentlich nicht recht erschlich ist, in wie fern bei Freilegung desselben zu wenig auf den wichtigsten Faktor Rücksicht genommen wurde. Dass in § 1. Arbeitszeit, die Forderung um Freigabe des 1. Mai eingeflochten werden soll, halte ich für faktisch verfehlt. Es ist ohne weiteres klar, daß bei Abschlüssen des Tarifs mit den einzelnen Genossenschaften Zugeständnisse in dieser oder jener Form gemacht werden müssen.

Eine bedauerliche Tatsache ist auch der Umstand, daß noch die übergroße Anzahl von den in Frage kommenden Betrieben den alten Tarif noch nicht einmal anerkannt hat. Wenn auch zugegeben werden muß, daß ein gut Teil dieser betrieblichen Tatsache auf die Gleichgültigkeit und Interesslosigkeit der in diesen Betrieben beschäftigten Angestellten zurückzuführen ist, so steht auf der andern Seite fest, daß es noch eine ganze Anzahl von Genossenschaften gibt, in deren Betriebsverhältnissen die bürgerlichen Elemente noch einen akuten Einfluß ausüben, und solche Vereine nur widerwillig unsern Tarif anerkennt. Aus diesen Gründen wurde eine prinzipielle Forderung, wie die Freigabe des 1. Mai mit hindernd den Verhandlungen im Wege stehen und durch von vielen gebildeten Vereinen als willkommene Ausrede benutzt werden. Wird diese Forderung jedoch in den Tarif aufgenommen, so könnte es ein Abweichen davon nicht geben.

Dass bei § 2. Lohn, die Ohrzuschläge, insbesondere in größeren Städten erhöht werden müssen, ist ohne weiteres klar und ist hierzu durch das Tarifamt bereits Gelegenheit gegeben. Von der Erhöhung des Mindestlohnes auf 24 M kann im Ernst jedoch nicht die Rede sein. Es gibt eine große Anzahl kleiner Betriebe, die in den ersten Jahren ihres Bestehens schwer mit der Rentabilität zu kämpfen haben, oft mit 2, höchstens 3 Arbeitern beschäftigen, also im Umlauf sich von dem Betrieb eines Kleinmeisters nicht unterscheiden, wohl aber in der Ausübung ihrer Arbeitskräfte dem Kleinmeister gegenüber sehr im Nachteil sind. Man denke nur an die 9- bzw. 10stündige Arbeitszeit, die 6 Schichten statt 7, die Ferien, den § 616 des B. G. V. usw., um die Nachteile des Genossenschaftsbetriebes vor Augen zu haben, gegenüber dem Kleinbetrieb.

Wir müssen einen Tarif haben, der auch den kleinen Genossenschaften die Möglichkeit gibt, denselben anerkannt zu können. Wichtiger erscheint mir die Bestimmung einer progressiven Steigerung des Wochenlohnes, von Jahr zu Jahr, welches der Arbeiter in der Genossenschaft tätig ist. Vor allen Dingen muss jedoch im neuen Tarif ein Höchstlohn enthalten sein. Ferner enthält der Tarif den Mangel einer Verstärkung von weiblichen Angestellten, welche beispielsweise im Bäckergeschäft oder Konditoreigeschäft oder sonst wie in der Bäckerei beschäftigt sind.

Bei Überstunden ist ein Lohnzuschlag von 50 Prozent zu hoch geprüft, wenn man in Betracht zieht, daß es sich um durchgehende Arbeitszeit handelt. Auch dürfte ein Lohnzuschlag eingeführt werden für solche Betriebe, welche doppeltäglich arbeiten, also bei Tag und Nacht und zwar in der Weise, daß diejenige Schicht, die jeweils bei Nacht arbeitet, einen Zuschlag von mindestens 1 M pro Woche und pro Arbeiter erhält. Gründe hierfür sind überflüssig, denn es ist eine unbestreitbare Tatsache, daß die Nachtarbeit beschwerlicher und kostspieliger für den Arbeiter ist als die Tagarbeit. Diese Bestimmung könnte selbstverständlich auf alle Betriebe Anwendung finden, in welchen bei Nacht gearbeitet wird. Andernfalls wäre hier eine Verkürzung der Arbeitszeit am Platze.

Der § 4. Ferien betreffend, muß genauer präzisiert werden, denn es kommt vor, daß ein Arbeiter im September eingestellt wird und das Jahr darauf keine Ferien erhält, weil er in den Sommermonaten noch kein Jahr im Betrieb arbeitet. Ferner muß ein Passus eingeschaltet werden, daß Ausbildungsarbeiter, die länger als 6 Wochen zur Ausbildung beschäftigt werden, als eingestellt gelten, ihnen somit bei Entlassung 14tägige Kündigung zusteht.

Bei § 5. Arbeitseinstellung, muß der Satz in Wegfall kommen, der lautet: „Nur im deutschen Bäckerverbande organisierte Bäcker sollen eingestellt werden.“ Denn weiter oben ist festgelegt, daß bei Bedarf von Arbeitseinstücken dieselben von dem Verbandsarbeitsnachweis bezogen werden müssen. Das genügt vollständig. Der kritisierte Satz dient lediglich zur Verschleierung. Denn es sind Tatsachen bekannt, daß Konsumvereinsverwaltungen Leute dazu veranlassen, sich in den Verband aufzunehmen zu lassen, damit man sie unbedingt einstellen könne. In den meisten Fällen handelt es sich um Betterlesgegeichten oder Freundenstafette-Ausflüchtrüter usw., und in den meisten Fällen erweisen sich

die auf solche Art in den Betrieb gelömmenen Elemente als sehr wertvolle Verbandsmitglieder. Wir können ruhig einen Paragraphen in den Satz aufnehmen, der unseren Kollegen zur unbedingten Pflicht macht, daß sie das Gewerkschaftsinteresse hochzuhalten haben und das Interesse des betreffenden Vereins, in welchen sie beschäftigt sind. Das zu widerhandlungen mit Entlassung bestraft werden können. Daselbe steht mir aber auch aus dann zugestillt werden, daß alle diejenigen Kollegen, welche die Verbandsinteressen nicht wahren, entlassen werden müssen, sobald ein diesbezüglicher Antrag seitens der Verbandsleitung vorliegt.

Mit den übrigen Paragraphen kann ich mich einverstanden erklären. Bei den Verhandlungen zwischen dem Centralverband der deutschen Konsumvereine und unserem Verbande muß unbedingt darauf Rücksicht genommen werden, daß ersterer seinen Mitgliedern zur Pflicht macht, daß sie den Vorstand ausspielen und dieselbe nicht mehr kast zur Amtnahme "empfohlen" wird. Aber auch an die Konsumräder selbst muß ein ernstes Wort bei dieser Gelegenheit gerichtet werden. Es ist traurig aber wahr, daß es noch viel zu viel Kollegen gibt, die es noch nicht einmal für der Mühe wert halten, sich dem deutschen Bäderverbande anzuschließen. Wieder andere sind Verbandsmitglieder und glauben, wenn sie in einer Konsumräder sind, wäre für sie die soziale Frage gelöst. Sie sehen es als vornehmste Aufgabe an, sobald als möglich zu heiraten und Kinder zu zeugen. Nebenbei dachten sie ebenfalls Sonninen oder Sanatoriums oder werden Vorstand eines Regel- oder Kapellklubs und was derartige wichtige Lebensaufgaben mehr sind, den Verband vernachlässigen sie dagegen in des Wortes vermeintlicher Bedeutung.

Vor allen Dingen müssen die Konsumräder alle in den Verband, dann müssen sie es als ihre wichtigste Angabe betrachten, dafür zu sorgen, daß die übrigen am Dreieck befreundeten Kollegen sich ebenfalls dem Verbande anschließen. Damit auch wir die Lage verbessern werden, durch die scholischen Bäderen sich ähnliche Verhältnisse zu schaffen, wie in die Konsumräder anzutreffen haben. Das ist vom großen persönlichen Nutzen für jeden einzelnen Konsumräder, denn dadurch wird der Verein, in welchem er beschäftigt ist, konkurrenzfähig, insofern in der Lage, ihm keine Forderungen mehr zu stellen.

Unbedingt nötig ist aber auch, daß da, wo der Satz eingeholt ist, eine strikte Durchführung leiters der Angestellten gegeben wird. Das gilt insbesondere dem § 5, Arbeitsermittlung. Hier kann nicht genug Ersatz für verwendet werden, denn der Mensch wird man in seinen Kollegen gefordert, die den Verein mit als Mittel zum Zweck benutzen. Es würde mich freuen, wenn meine Freunde eine Anregung zu weiteren Erörterungen wären, damit man die verschiedenen Themen ferner lernen könnte, bevor man zum Verbandsstag kommt.

S. Wm. Stuttgart

## Aus unserem Berufe.

Herrmann, der Tzende! Wie ein Blitz aus heiterem Himmel hat es im "gelben" Lager eingeschlagen, als der Reichsbotscholl Knoll am 1. Februarabschluß seine Rolle als "Gelber" ergriff. In den ungewohnten Jahren überzeugten nur die meisttreuen Bandfahner zum Engagieren aller Bädermeister. Die ganze, allerdings auch ganz begrenzte Zeit dieser Zentei wurde nun weiter dem Verband nach der Kasse Knoll zu hängen befehligen, und es soll im gelben Reichsrat erneut bestimmt werden, wer die Gründer Kampfgarde und die Bädermeister Reichsbotscholl geben für verbündete Aktionen in Berlin mobil zu machen. Die konservativen Bäderangehörigen schätzten der Reichsbotscholl und Herrmann der rechte Generalen. Sofort nach dem Ende seiner unerwarteten Enttäuschung verließ er ein Ständchen als Friederich auf die Gründerzeit des "Gelben" und ließ es von jenen Gründern bei Keller beschließen. Dieses Maßnahmen wurde am besten den ungewohnten Reichsbotscholl jenes Verhältnis wieder, der nun allerdings vollkommen begrenzt wurde. Wo nun noch dem Gelb keine Rolle als "Gelber" angegeben hat, keine der fünf jenseits Beweise für seine wahre Gefügung! Erstehen braucht es eher Schamlosigkeit, denn dem Namen, den er angeblich als Bädermeister führte, dem Name, den er angeblich als Bädermeister führte, in der höchsten Weise aus seinen Sätzen zu qualifizieren und auch Herrmann beachte das noch, sonst fand der Gewicht mit einem herabsetzenden Schmunzeln. Das letzte war, das bei seinem Abschied bei den "Gelben" stand, dass den Gründern in Wirklichkeit als im Reichsbotscholl mit den höchsten Bäderangehörigen bedacht wurde, der auch seit unzähligen Jahren das gelbe Gesetz beherrschte und gerade deswegen aus des Reichsbotscholls als Gründer bestimmt wurde, was sondern er keine Rolle mehr zu erfüllen, bei den "Gelben" ganz nichts und nichtsdestotrotz war Herrmann jetzt bestimmt, dass er es selber nicht. Wir brauchen es auch vollkommen zu verstehen, dass Herrmann die für ihn so unangenehme Partei aus der Welt schaffen möchte, daß er Groß 10 A dieser Zahl, dass er das über den Oberbürgermeister Dr. Schön anstrengten Reichsbotscholl erhalten möge. Seiner ist dies ziemlich und nicht aus der Welt zu räumen. Gerecht kann es aber nicht, es kann Herrmann davon berichten, dass er sich ebenso wie zwei Jahre und zwei Monate lang in einem "Jahresarbeits" die gewohnte Reise die Konstante ist. Groß ist der Mensch, bestimmt und aus! Das ist der Grundzusatz der "Gelben". Da wurde Herrmann von den Bäderangehörigen der Reichsbotscholl erzählt, mit zwei Jahren und zwei Monaten fertig geholt haben, der 500 Marken und 7 Stunden arbeiten und doch noch ein Jahr für die Reise eingesetzt habe. Seiner trifft Herrmann den Gewiss zu, das ein Fehler ist, wenn er das Urteil eines "Reichsbotscholls" beläßt, nicht einzusehen ist, eine Sache zu erledigen. Der Bäderangehörige Reichsbotscholl mag des Nachts einen Befehl erlassen, der nicht die Sache am Tage des Reichsbotscholls bestimmt. Das bedeutet, dass Herrmann diese Sache erledigen. Da brauchen es keine Befehle, weil es eine reine Sache für einen zu führen, ohne Kosten zu veranlassen kann, und es ist keine, und verhindern es nicht, dass er keinen allgemeinen Befehl hat, um die Befehle bei diesen bei "Gelben" die Sache erledigen zu lassen. Das ist der Unterschied und Unterschied zwischen dem Befehl und dem Befehl, dass der Befehl nicht überreicht werden darf. Das jeder Bäderangehörige ist nicht verhindern, dass er nicht einen Befehl erlassen kann, ohne Kosten zu veranlassen. Das ist der Unterschied und Unterschied zwischen dem Befehl und dem Befehl, dass der Befehl bei den Bäderangehörigen und es könnte für

stimmen ab. Das Knoll zu Weihnachten ein Theaterstück geschrieben hat, in dem ein Bäderangehöriger, der 7 Jahre bei seinem Meister gearbeitet und diesen vor dem vollen Kasten gerettet hatte, am heiligen Abend aufs Bühnen lag, hat den ganzen Grün im Hartmanns einfach. Solche Sachen werden nur den Haß der Gelehrten und das Weihnachtsfest ist doch ein Fest des Friedens, schrieb er dem Finanzrat des Zentrums. Um Vorabend des Festes kam aber ein hervorragender "Gelber" zu Knoll und erzählte ihm mit betrübtter Miene: "Was du im Theaterstück geschrieben hast, ist mir in Wirklichkeit geschehen. Gestern am heiligen Abend habe ich als meistertreuer Bäderangehöriger den "Gelben" bekommen. Hartmann hat mich, das muss ich erzählen, und weil das jede Feierlage vor kommt und bei dem letzten Weihnachtsfest in mehreren Dutzend Fällen vorgekommen ist, darum ist der Haß der Berliner Bäderangehörigen gegen diese strapulosen Ausbenter so groß geworden, daß er sogar im Bäderangehörigen mit verbreitet ist und die führt der "Gelben", wie Robert Gut und Ewigkeit, unter die Ruten gehen wollen. Der arme Hartmann! Seine ohnmächtige Rute hat seine Herzen derart angegriffen, daß er vollständig losgelöst geworden ist. Wir raten ihm dringend, eine längere Zeit in einer Ferienherberge durchzumachen, wenn es — was wir fast befürchten — dazu nicht schon zu spät ist. Selbstverständlich appelliert Hartmann an alle Bädermeister, daß diese sein Angstprojekt auch ja ihren Gelehrten geben. Wir schließen uns diesem Wunsche vollständig an und haben bei Keller auch den Vertriebenen des Pamphlets absolut keine Schwierigkeiten gemacht. Haben wir doch ein sehr lebhaftes Interesse daran, daß jeder Bäderangehörige die geistige Geschaffenheit des Schreibers des famosen Fliegblattes kennen lernt und mit uns den armen geprallten Hartmann bedauert.

Wie die Kollegen denken. Unter dieser Beobachtung hingen 2 christliche Seelen im Correspondenzblatt des christlichen Bäderverbandes ihre Klageleider darüber, daß mancher Kollege am Niederklein sich wohlchristlich organisierte möchte, aber der Meinung ist, wenn er dann nach einer Großstadt kommt, müßte er schon um mit Arbeit zu erhalten sich dem Deutschen Bäderangehörigen anschließen. Dessen Glauben — der zeigt welche Macht unser Verband schon heute gewonnen ist — möchten die edlen Christen ihre Kollegen austreiben, ihr Bemühen wird aber vergebens sein und sie werden immer mit einer Spaltung verhandeln bleiben, das dort, wo es Einfluss hat, die Kollegen an energetischer Verbesserung ihrer Lage hindert!

Werter Vergleich Protokollsträne in seinem Blatt über den Fall des "Gelben", indem er folgende erstaunliche Geschichte schreibt: "Man hat also einen Einwurf, es andere Lager geschafft und da jedes Schengenamt fehlt, röhrt man sich davon und löst den Streiter. Im Kriege werden ja auch solche Subjekte gebraucht, aber es sind von Fremd und Feind verschont und werden falls erwischt, an den ersten besten Beamten gehangen, weil eine Rute zu gut für solche Bande ist. Aber der Verband der Bäder kennt anders und schreibt weiter: Eine schlaue, höfliche Rute ist." — Nahezu, sieht man mir an die eigenen Worte, da wird der Anspruch schon nicht jen, dem der Schmied, der sich dazu herangehoben hat, 128 A zu verschaffen, der geht mit einem Mal das Gelb aus seiner Tasche dem Verband? Da kommt doch ein weiter Überdruck darin, aber wer beschützt ihm jene Zeit, seine Verschwendungen und seinen Verlust. Wer wird diese Räubermeister à la Göppnick dem Verbande töten? Wer im Glasauge sitzt, soll nicht mit Steinen werfen!

Das Berliner Sonnungsblatt (Reichsblatt Organ) bringt für die Bädermeister einen längeren Artikel über Buchhaltung, bestimmt aus der Feder des früheren Reichsministers und jetzigen Reichstags, des tollen ehrlichen Barth, der ja Autorität an dem Gebiete der Buchhaltung ist, denn das Hauptbuch war ihm verschwunden, als vom Gericht sein Defizit von anschließend 3000 A festgestellt werden sollte. Dieser Barth eignet sich zum Buchhalter und Papa Barth zur Aufführung in Verhandlungen!

Im Leipziger Centralblatt empfiehlt ein Herr W. L. als Gegengut gegen unsere Lohnbewegungen folgendes potentielle Rezept den Bädermeistern: 1. Derer alle, alle dem Arbeitgeber-Schuhverband bei! Gehört nicht das Geld, aber was ist der Betrag von wenigen Mark im Jahre gegenüber den Erwartungen, die aus diesem Verbande im Etatshalle liegen? Ganz also die paar Mark nicht an. Ich weiß, wie schwer hier arbeitet Geld verdienen müssen. Aber ich weiß auch, daß zum Etatshaus viel, sehr viel Geld gehört!! Die Gelder, die wir zahlen, sind doch im Grunde genommen nichts weiter als Vermögensgegenstände. Deshalb agiert alle in euren Freuden im höheren Reaktion. Die Verhandlung von Wied zu Wied ist die beste Rüttelt die Teilnahme an, daß sie kann werden, redet zu ihnen von der Roten Partei Standes und kann werkt — denn wir müssen alle ohne Ausnahme dem Arbeitgeber-Schuhverband angehören. Und dann ein zweites: Erst recht mit euren Gelehrten über unter Handwerk. Ich weiß aus Erfahrung, was es heißt, was es für Verantwortung des alten, niedlichen Schuhstückes zwischen Meistern und Gelehrten bedeutet, wenn sich nicht der Meister von den Gelehrten absondert, sondern wenn er in Klaret, ständiglicher Weise mit ihnen besteht, was unseres Standes Leidenschaft ist. Wer kann dann seine einzige Arbeit machen? — Dieses Wiederanfall ist ebenso alt wie erfolglos, so daß wir nicht gegen keinen Handwerk haben.

Das Wilhelmshäuser. Unter dem Namen Bädermeister bestimmt sich im Restaurant Walhalla eine sehr große Zahl Bäderangehöriger. Diese Bädermeister hat nun jeder eine Schuhkutsche der Bädermeister und verhindert sonst, daß die Befreiungen des Verbandes: Lohn erhöhung, Abholzung des Zugangsweises, strikte Durchführung der Bahnbestrafungsklausuren usw. zur Einhaltung gezwungen. Schlußendlich ist bärker, daß die Verbandsangehörigen keinen Befehl, die Bädermeister von der Befreiung ihres Treibens zu überzeugen. Da die Bädermeister jeder Logistikheit nach dem Tage gehen, sich nichts anderes abrig, als sie aufzufinden, d. h. ihrem Dienst zu unterwerfen. Es liegt sich denn auch ein Verbandsangehöriger zu erkennen. Das Gros der Bädermeister befindet aber durch diesen Befehl die Stellung als Liebhaber bei den Meistern einzubauen und so wurde für

lebten Sonntag eine Generalversammlung einberufen, der Vornahme einer Statutenänderung. Eingeschaltet wurde der Bassus. Mitglieder eines Nachvereins können im Verein nicht aufgenommen werden. Keiner den Vorsitzenden hätte so richtig dem Mut, den Antrag zu verteidigen, nur in verdeckter Weise wurde der Verband seine Mitglieder und seine Bestrebungen angegriffen. Von den auftretenden Verbandsangehörigen, ein bisheriges Mitglied der Bruderschaft und ein Eingeführter, wurden die Brüder auf ihr gemeinschaftliches Treiben aufmerksam gemacht und denjenigen, die noch nicht das Denken verloren haben, zugezogen, diese Aufzulösen sich selbst zu überlassen und einzurufen in die Reihen derer, die auf ihr Panier geschrieben hätten: "Vorwärts immer, rückwärts nimmer!"

So vollzieht sich mehr und mehr überall die reinische Scheidung, die Augustmeier in den Brüderschaften parieren der Dreiecke von den Künsten, deren Schwanz sie bilden, und damit treiben sie jeden ehrlich denkenden Kollegen aus der Bruderschaft heraus und in den Verband!

In der "Biere", Organ des Verbandes der Conditoren, wird jetzt eine sehr sachliche Diskussion geführt über einen eventuellen Zusammenschluß ihres Verbandes mit dem untrüglichen. Dabei fordert Kollege Emil Kettner, daß auch unsere Mitglieder sich darüber auslassen sollten. Wir bemerkten, daß unser Beschluß in dieser Frage erfolgt ist durch folgende vom Verbandsdag 1903 in Dresden einstimmig beschlossene Resolution: "Angesichts dessen, daß unsere Berufsverhältnisse mit denen der Conditoren immer mehr einheitliche werden und Trennungspunkte zwischen beiden Verbanden nicht mehr bestehen, und daß der Verband eine Verschmelzung beider Verbande jederzeit für durchführbar ist. Sollten je solcher Verschmelzung die Conditoren geneigt sein, ohne daß größere Veränderungen unseres Status notwendig werden, so ist der Verbandsvorstand berechtigt, dieselben zu vollziehen unter Verbrauch der Beamtenten des Conditorenverbandes in unsere Organisation" festgelegt ist.

Weiter und Gelehrten auf dem Kriegsschauplatz! Die Angst unserer Brüder, daß durch die Organisation Bädermeistern aufgedeckt werden könnten, zeitigt oftmais sonderbare Blüten. So machen sich unsere Kollegen in Weißwasser an die beiden in der Obermühle Museum beschäftigten Kollegen heran und forderten sie auf, dem Verband beizutreten, jedoch als Aussrede benötigten die beiden die Stellung, daß ihr Arbeitgeber, Mühlbecker Post, keine Leute anderer Gesellschaft dulde und die schöne Stelle könnten sie dann verlieren! Dieser falschen Furcht entgegen erklärten nun unsere Mitglieder, die beiden "Sproden" müssen nur bedenken, daß Post sich eine Maßregelung wohl sehr überlegen würde, denn sein Brod und Nehl sieht er nur in Arbeitstreffen, zum Teil sogar in den Konsumvereinen Weißwasser und Mühlbach ab und eine Maßregelung würde die Arbeiterschaft sehr gut mit dem Postamt beauftragen. In einer Versammlung in Weißwasser kam auch zur Sprache, daß der Postmeister keine Leute anderer Gesellschaft dulde und die beiden die Stelle davon nicht wissen wollen. Eine Befreiung seines Betriebes mag Herr Post aber schon für eine hohe Tat halten, denn sofort produzierte er sich als Unterludungsträger und schickte im schönsten Umschlag die folgenden Schreibweise:

Obermühle bei Mühlbach.

An den Bädermeister in Weißwasser. Unangefochten erscheinen: 1. der hier beschäftigte Bäder Gustav Reichelt, 2. der hier beschäftigte Bäder Alois Alschoppe, und erschöpft, von Schmerzen fortgelebt unter Androhung der Postfotierung des diesseitigen Gesetzes mit dem Eintritt in die Organisation der Bäderangehörigen befürchtet worden zu sein. — Diese Zwangswirregeln und Drohungen sind strafbar und ich erachte um Erklärung wie Sie sich hierzu verhalten wollen. Ist bis zum 13. d. Mz., mittags 12 Uhr eine diesbezügliche schriftliche Erklärung und Zurücknahme dieser Drohungen nicht abgegeben, wird unverzüglich Strafantrag bei dem tonig. Staatsanwaltshaft gegen Sie diesseits gestellt werden.

Reinhold Post.

Die diesseitige Drohung hat uns mit heiter gesehnt und kann dieselbe nur die Wirkung haben, daß „andererseits“ die organisierten Arbeiter sich überlegen werden, ob sie das Postmeister-Geschäft noch weiter mit ihrem Eintritt bedrohen und belästigen. Wir wissen mehr und deshalb quis besser, Herr Post läßt die Hand von solchen „diesseitigen“ Schrecken! Wir brauchen auch den Staatsanwaltshaft nicht zu fürchten.

Als Musterbäder bei schildert uns ein Kollege die Bädererei F. W. Lohner in Weißwasser, Molteiplatz. Die Kinder halten sich in der Bäderstube auf. Das kleinste, das 13½ Jahr alt ist, „verliert“ dabei manchmal was „menschliches“! Im Bäderhof wird das Schweinefutter gelobt, der Schweinefutter steht im Bäderhof. Kazen und ein großer Hund haben ihr Heim im Bäderhof. Im Mehrbaum treiben sich die Schweine herum und verunreinigen denselben, alles Dinge, die wenig appetitlich sind. Hier hat unsere Organisation noch große Aufgaben zu erfüllen, die Behörden aber sollten solchen Zuständen mehr Beachtung schenken.

Am Görlitz. Das Rad der Zeit dreht sich schnell, in Schönbrunn bei Görlitz aber recht langsam. Dort zählt man nach Angabe von Kollegen, die in der Möslerschen Mühle arbeiten, nach der in der Bädererei hängen. Der Kalenderstapel erst das Jahr 1905. Ein solch neuromantisches Gelehrte, wie den Maximalarbeitstag, ist man in dem sieben Dörfern auch noch nicht gewohnt und wird die meisten Tage von 4 Uhr früh bis abends 8 Uhr gearbeitet. Häufig ist das nicht und deshalb: „Hülse, Herr Landrat!“

So — achten Bädermeister die Gelehrten! In Weißwasser bei Herrn G. Lenz, Wilhelmstr. 11, muss ein armes Geschöpf von Lehrling es bitter fühlen, daß hier keine Schuhbestimmungen bestehen. Abends gegen 12 Uhr beginnt bei ihm die Arbeit und nachmittags um 4 und auch 5 Uhr muß er oftmals noch frönen. Die Sonntagsruhe des Stiftes besteht darin, daß er von Sonnabend abend 8 Uhr bis Sonntag mittag sich plagt. Der Gelehrte in der Bädererei holt ja etwas besser, der geht seiner Wege, wenn sein Platz von Arbeitszeit voll ist. Wenn sollte man es aber auch jetzt nach 10 Jahren Maximalarbeitszeit, daß ein Lehrling im ersten Lehrjahr, wie obiger nur 10 Stunden täglich beschäftigt werden darf und täglich 10 Stunden ununterbrochen Ruhe haben muss. Der Postbehörde und Gewerbebehörde und Gewerbeinspektion sind Anzeigen über bösige Überlastungen schon genug gemacht worden, und wenn die Arbeitgeber der Kontrolle ein Schimpfen idologen,

müssen eben andere Sitten aufgezogen werden, um die staatsbediensteten patriotischen Bäckermeister durch Gesetzesbelebung zu bringen.

**Ein Schweißpriester.** Der Bäckermeister Ferdinand Dubbel aus Mülheim a. Rh. wurde auf Grund des § 176 Abs. 3 des Strafgesetzbuchs zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Er hatte sich zu jungen Mädchen unter 14 Jahren, die in seinem Hause wohnten, vergangen.

**Ein Schmeißer.** Vor der Kölner Strafammer hatte sich der Bäckermeister und Konditor Heinrich Betschönen zu Deut wegen Nahrungsmittelfälschung zu verantworten. Er hatte einen Prozeß mit dem Gesellen O. am Gewerbegericht, in dem der letztere unterlag. Nun zeigte O. den früheren Prinzipal an, daß er stinkende Eier in der Konditorei verwendete, in eine Senftgrube vor der patentierte gelegene Backstube uriniert und in das zu Verfasser Pfannchen usw. zu verwendende Fett, um dessen Hiebegriff zu prüfen, anstatt Wasser hinzuzuspritzen, beim Pfannenrücken hingegenblieb habe. W. wurde vom Schöffenrichter freigesprochen, da O. der aus Mache gehandelt und der frühere Haustreicht, der gleiches befundene unglaublich seien. Es lasse sich eine Nebereinführung der Belastungen nicht verleugnen, und daraus müsse auf eine Absprache zwischen den beiden geschlossen werden. Die Staatsanwältin legte Berufung ein. W. gab an, er habe von seinen Haustreichten täglich in großen Kölner Geschäften knüpfen, drei bis vier für 10 L. holen lassen und diese seien stets frisch gewesen. In den anderen Belastungen sei sein wahres Wort. Die beiden Zeugen beriefen sich aus einem Gymnasiasten, der bei W. wohnte und das Spucken gesehen habe. Der Zeuge wurde sofort aus seiner Klasse geholt und er blieb dabei, einmal geladen zu haben, wie W. in den Zettkessel unter Rauspuren gespuckt habe. W. wurde von einer Reihe von Gesellen das bestens beweisende Zeugnis ausgestellt bezüglich seiner Geschäftsführung, der Sauberkeit in der Backstube und der Qualität der Rohmaterialien. Stein Bäder könne stinkende Eier verbauen. Hierzu bemerkte Zeuge O., daß W. gefragt habe: "Ich benötige sie nur, das verbaut sich." Er habe das Spucken in die Delphine mehrfach gesehen.

Der frühere Obermeister Niese, Konditor in Köln, erklärte, daß aufgeschlagene Brüche sich auch ein bis zwei Tage hielten, und nach Entfernung einer sich bildenden Kruste gebrauchsfähig seien wie vorher. Er habe sich gewundert über die gute Einrichtung der W. Bäckerei. Was das Spucken angehe, so sei ihm so etwas fremd und es würde das ganze Bäckergewerbe herunterwürdig. In der Nähe des Loches im Ofen sei ein Pissot, über diesem die Wasserleitung, und das Loch, eine Art kleine gemauerte Sente, führe in den Kanal. Von glühendem Feuer bringe jede fremde wässrige Masse ab; beides vermengen sich nicht. (?) Der Staatsanwalt hielt d.e Sache mit dem Spucken für erwiesen, und darin liege etwas höchst Entzerrendes; im Speichel seien steinscharfe Serriger; er beantragte 10 Wochen Gefängnis und Veröffentlichung in den Zeitungen. Rechtsanwalt O. Merz glaubt, der Zeuge O. gehöre einer Organisation an, die den Meistern nicht gewogen sei (!?). Wenn W. gespuckt habe, so liege darin keine Fälschung, denn der Speichel springe von der siedenden Masse unbedingt ab. Der Staatsanwalt entgegnete: Wenn man auf einen glühenden Ofen spuckt, bleibe auch stets ein Rest, daß O. einer Organisation angehöre, lasse er hier nicht gelten, vielleicht gehöre W. zu einer anderen. Das Gericht erkannte auf 200 M. Buße; es sei von den Anklagepunkten bloß das Spucken bewiesen, aber dies sei im höchsten Grade eitelregend.

Was doch so moderne Richter für barbarische Elemente sind? Nichts ist ihnen heilig, selbst nicht die traditionellsten Grundsätze so manches alten füllischen Bäckers. Huldigen doch noch so manche, sowohl alte wie junge "Profiter", beim Streichen des Backwerts mit Gelb dem Gründich: "Je mehr sie (die Eier) stinken, desto mehr sie blitzen", und das soll nun jetzt auch bestraft werden? Na, her kommt wieder der Krampf freien.

Das Urteil des Schöffengerichts Köln vom 31. Oktober, das den Brotsabfertlanten Herrmann wegen prinzipsieller Veruntreuung der Bundesratsverordnung vom 4. 3. 96 freisprach, bekräftigte die dartige Strafammer am 18. Januar in zweiter Instanz und wurde, wie nicht anders erwartet werden konnte, aufgehoben. Maßgebend für das landgerichtliche Urteil war u. a. auch ein Gutachten des Gewerbeinpektors Bocksdörfla, das keinen Unterschied zwischen Groß- und Kleinbetrieb in der Frage kommenden Verordnung sahne. Herr Bock betonte ferner, warum er den Betrieb des Herrmanns schon jahrelang nicht mehr revidierte. Nicht etwa, weil er die Ansicht des Fabrikanten Herrmann in Bezug auf die Gültigkeit der Verordnung für Brotsabfertlanten teilte, sondern weil er glaubte, es sei bei Herrmann alles in Ordnung und auch keine Klagen einzuliegen, deshalb habe er längere Zeit nicht mehr revidiert. Das Urteil lautete diesmal wegen Nichtaushängung der Verordnung und der Kalenderfestsetzung im Betriebe auf 3 M. (dreit Mark) Geldstrafe. Das die Verordnung durch Nebearbeit übertraten worden sei, wurde in der Verhandlung nicht erwiesen. (Selbstverständlich nicht, weil man eben auf die Verneinung des Belastungssatzes verzichtet hat. O. B.) Gering ist die ausgesprochene Strafe wohl, aber das hat weniger zu sagen in einer Sache, bei der es sich lediglich um das Prinzip handelt, und da ist Herrmann nun doch zum Glück mit seinem "Prinzip" nicht durchgedrungen. Er stellte sich vor Gericht als Opfer "sozialdemokratischer" Mache vor, sprach von Fröhlichkeit von einer gewissen Seite, die ihn auf die Armeförderbank brachte, und sein Verteidiger, Rechtsanwalt Holl, hieb in die gleiche Kerbe. Beide mußten sich aber vom Präsidenten eine Belohnung dahingehend gefallen lassen, daß die Sache mit der Sozialdemokratie nichts zu tun habe, und daß es keine Fröhlichkeit sei, wenn ein Sozialdemokrat das Interesse seiner Standesgenossen dadurch vertreibt und wahrt, wenn er derartige Fülle vor das Gericht bringt. Dostete es in der ersten Verhandlung am Amtsgericht ein wenig nach Sozialpolitik, infolge der sozialpolitischen Debatte zwischen Staatsanwalt und Verteidiger nämlich, so doch es diesmal im Strafamtsgericht mehr nach Schwarzmacher und Nichtstrucker. Herrmann erschien nämlich selbst in eigener Person, und um mehr Aufsicht auf Erfolg im Kampfe gegen das Recht zu haben, nahm er sich als Bäckerspanner (Sachverständiger) noch die Fabrikanten Sondermann, Köln-Ehrenfeld und Schurach, Düsseldorf, mit. Beide kamen leider nicht zum Port, ebenso auch nicht ein großer Teil Arbeiters des Herrmann, die sich derselbe als Zeugen mitnahm. Aber

die "Stausreiker" vom T. Tull konnten ihren für sie so bärlicher Weise sorgenden Herrn Baba am 18. Januar nicht mehr herausreichen.

**Was gute Einvernehmen** zwischen Meister und Gesellen spiegelt sich so recht wieder im Arbeitsnachbericht der Kölner Innung. Rund 2000 Gesellen wurden als Arbeitssuchende eingetragen und rund 1900 Gesellen wurden platziert. Da nun in Köln nur circa 400 Meister Gesellen beschäftigen, so hat durchschnittlich gerechnet, im Jahre 1906 jeder Meister mehr als vier mal "seinen" Gesellen gehabt. Rechnet man dazu noch die durch die Innungskontrolle, Geschäftsführer usw. vermittelten Stellen, deren Zahl mit 1000 nicht überschreitet sein dürfte, so beträgt die Bedelszahl im Durchschnitt rund 7 pro Jahr. Und da faseln die Herren von der Innung noch davon, unser jetzt herrschendes Arbeitsverhältnis sei das beste, das man sich kann.

**Die Kölner Zwangsinnung** hat in ihrer letzten Innungsverammlung als Gegenmaßnahme gegen das Vorgehen des "Gefechtsdiensts" die Erhöhung einer Gesetzesabgabe beschlossen. 50 000 M. wurden sofort hierfür gezeichnet und 35 000 M. schließen arbeitswerte Innungen zu. In der gleichen Versammlung besprach Obermeister Mehren auch die neue Bäckerbetriebsordnung. Gegen die Bestimmung, daß der Backraum höchstens 1½ Meter tief unter dem ihm umgebenden Erdhoden liegen darf, müsse man energisch protestieren, selbstredend denn bei strenger Handhabung derselben würden mindestens 8 Gehälter der Kölner Bäckermeister ruiniert. Mit den übrigen, aus die Organe Bezug habenden Bestimmungen erklärten sich mehrere großmütig einverstanden, womit der gute Mann, bewußt oder unbewußt ist egal, zugab, daß sich im Bäckerbetriebe hygienische Grundsätze ohne Polizei eben nicht durchführen lassen.

**Ein nobler Herr** ist der Bäckermeister Dörnhöfer in Bayreuth, Erangerstr. 2. So wollte derselbe tatsächlich seinen Gehältern für 3 Wochen Lohn nicht ausbezahlen, auch wollte er 8 M. in seine Tasche stecken dafür, weil der Gehälter am 3. Weihnachtstag nicht gebaden hat, aber schade, nun hat der gute Herr durch Urteil des Gewerbegerichts sich zur Zahlung verpflichten müssen. Als der Gehälter am 16. Dezember kündigte, erklärte der gute Mann, wenn am Weihnachtstag 1 oder 2 Nächte nicht gebaden würde, so bekäme er (der Gehälter) auch keine Lohn, doch die "Gutmüdigkeit" des Bäckermeisters könnte es nicht übers Herz bringen und bezahlte er auch den Lohn, die Lohn für einen Tag muskte er ebenfalls bezahlen. Auch in dieser Bäckerei herrschten ganz niedrige Zustände. Die Backstube ist so dunkel, daß man bei Tage Licht brennen muß. In der Mehlfässer häufen die Ratten durchausweise. Neben der Mehlfässer ist der Brotdestill, die Mauer ist von den Ratten durchwühlt und treibt die Flüssigkeit vom Brotdestill in die Mehlfässer. Auf der Schwarzmühle ist kein Deckel. Wenn dieselbe angefüllt ist, spazieren die Ratten auf dem Mehl herum. Neben der Backstube ist das Brotloft. Es könnten noch mehr solche Dinge angeführt werden, doch das würde zu viel Platz in Unspruch nehmen.

**Als Barmen.** Das der von unseren Arbeitgebern so sehr gepriesene Kost- und Logiszwang auch mal zum Schaden seiner Verherrlicher auszuladen kann, beweist folgende Notiz, welche jetzt die Runde durch die Presse macht:

"Durch ihre Neugierde hat sich die Chefarzt eines hiesigen Bäckermeisters in große Ungelegenheiten gebracht. Als tierisch für ihren Gesellen mit der Post ein Brief anfam, wußte die Frau ihrer Neugierde keine Schranken anzulegen. Sie öffnete den Brief, nahm von dem Inhalt Kenntnis und vernichtete das Schreiben dann. Ihre Tochter tat indeß später am Tag Sicht und da Anzeige erfasst werden, wird sie sich demnächst wegen Verziehung des Briefgeheimnisses und Unterschlagung des Briefes vor Gericht zu verantworten haben."

So ist's recht! Unseren Kollegen möchten wir den Rat geben, in allen Fällen so zu verfahren und Anzeige zu erstatten, wenn der Bäckermeister resp. die Meisterin ihrer Neugierde keine Rechte aufzuerlegen versucht. Wie oft kommt es vor, daß sich dieser oder jener Kollege bewußt, keine Zeitung, keine Versammlungseinladung usw. erhalten zu haben. Sohin diese unter Umständen wandern können, zeigt vorstehende Notiz.

**Einen alten Stollen.** 25 Zigaretten und 3 Mark für 68 in der Weihnachtsbäckerei geleistete Überstunden erhält ein Kollege in Chemnitz als "Weihnachtsgeschenk". Als der Kollege diesen variogramm Meister daran aufmerksam machte, daß doch die Innung beschlossen habe, die letzten beiden Wochen vor Weihnachten doppelten Lohn zu bezahlen für die Überstunden, bekam er zur Antwort: "Ich richte mich nicht nach der Innung". — So respektieren Innungskräfte die Beschlüsse der Innung, wenn diese ihnen Geld kosten!

Auch den zuerst erfassten Gehältern wird die schmutzige Ausbeutung der Kleinbäcker zu tun, das zeigt ein Eingesandter aus Kronach (wo wir noch nie organisierte Kollegen hatten) in einem dortigen Blatt. Der Kollege schreibt:

"In allen Geschäften steht es besser als bei uns Bäckern. In Kronach sind 22 Meister, von denen 3 Gehälter haben. Alle anderen behalten sich mit Lehrfragen und Mädgen, z. B. ein Meister hat jahrsaus und jahrein 2 Lehrlinge, aber wo ist zu dem anderen Lehrling der Gehälter? Es ist doch von der Innung verboten, daß Meister ohne Gehälter zwei Lehrlinge halten. Bracht einer einen Gehälter, so bezahlt er 4—5 M. wöchentlich. Ist das ein Lohn? Ein jeder Knecht hat 10—12 M. Lohn, und wie Gehältern die drei Jahre Lehrtzeit zurücklegen müssen, ohne vom Meister einen Penny zu erhalten, sollen umsonst arbeiten und den Herren Innungsmäestern das Geld in die Taschen schieben. Wie und wo lebt man in einer Zeitung: "Einen Bäckergehälter sucht X. Z." Wenn man hinkommt, so spricht der Herr Innungsmäester: "Ich habe mit einem eingestellt." Das ist dann eine Rentumsfrage; er hat eine Magd, die muß den Gehältern machen."

Ob diese Kollegen nun bald einsiehen, daß nur durch die Organisation ihre traurige Lage verbessert werden kann?

**Bäckereimäßigstäude** sind in Waldenburg an der Tageordnung. Neben überlanger Arbeitszeit und schmalem Lohn, müssen Gesellen und Lehrlinge in Schlafräumen kampieren, die jeder Beschreibung spottend. In

2 von 41 Bäckereien können die Schlafräume als einziger, sich derselben neben dem Mehlkeller befinden. Die Lehrlingszüchterei wird hier im Großen betrieben. Neben den Inhabern verschiedener Fallesbuden hat der Bäckermeister Regner im Punkte Lehrlingszüchterei und Behandlung der bei ihm Beschäftigten besonders was los. Seit 14 Jahren hält der selbe immer 2—3 Lehrlinge. Hat ein Lehrling ausgelernt, so nimmt ein anderer sofort dessen Platz wieder ein. Die Schlossküche für diese jungen Menschen befindet sich im Keller, wo durch die Feuchtigkeit das Wasser von den Wänden tropft. Um frische Luft in dem Raum zu erhalten, ist ein Kübel mit Käseleiter dort ausge stellt. Bei 15—18stündigter Arbeitszeit (Sonntags 15—23 Std.) und einem Gesellenlohn von pro Woche 6 M wird ein durchaus ungenügender Lohn verabreicht. Obwohl Regner zweimal zur Anzeige gebracht wurde, ist von einer Verstrafung dieses Herrn noch nichts bekannt. Bei anderer Gelegenheit sind die Behörden schnell bei der Hand. Als Schreiber dieses vor zehn Jahren als armer Lehrling das Bierdegsbach unausdrücklich stehen ließ, wurde er schnellstens mit 1. 50 M. bestraft. Aber hier handelt es sich ja doch um einen Bäckermeister!

Bei dem Bäckermeister Kehle besteht in den Betriebs- und Diensträumen eine tierige Mäuseplage. Sofern durch die Bäcker fast ein Teppich erlebt wird. In einem geräumigen Raum mit offenen Fenstern hatte sich eine Schatz Mäuse häuslich niedergelassen. Helm, Kermode, dieser Gemüseladen ergibt ein Maß in lustig art der Mäuse. Um den Mäusen den Freiheitsdrang zu nehmen, standte Herr Kehle die Mäuse zu und wurden noch etra vorhan dene einfach vermauert. Das das in dieser Bäckerei hergestellte Gebäck oftmals mit Mäusefett gewürzt ist, versteht sich am Wande.

Man glaubt sich ins Altertum versetzt, wenn man bedenkt, daß der Bäckermeister Matzold im Vorher vor ein Jahre seinem Nachfolger 4 Lehrlinge verlor, als ob es Eltern waren, mit dem der Besitzer machen kann, was ihm beliebt.

Den tolligen Bäckertypus trifft mit zw. Organisiert Erich! Dann nur kommt Ihr Gott den Schiffern und Ausbeutungsschlägen der Bäckermeister ermordet.

**Patentbericht** mitgeteilt vom Patentamtial Dr. Fritz Fuchs, diplomierte Chemiker und Ingenieur Alfred Hamburger, Wien VII, Siebensterngasse 1. Auskünfte in Patentangelegenheiten werden Abonnenten dieses Blattes uneigentlich ertheilt. Gegen die Erteilung unten angeführter Patentansprüche kann binnen zwei Monaten Einspruch erhoben werden. Aussüze aus den Patentansprüchen müssen berechnet werden. Die im angeführten Patentamtial berechnet werden, müssen von dem angeführten Patentamtial berechnet werden. Ausgelegt am 1. Jan. 1907, Einspruchsstift bis 1. März 1907. Kl. 2 b. Blum, Peter, Fabrikant in Mülheim a. Rh. Verfahren und Vorrichtung zur Herstellung von Backwaren in Leigformmaschinen, bei welchen der in einen Preßbehälter gedrückte Teig in Formen oder durch Löcher einer Formplatte geprägt und dann abgeschnitten wird. Auf der Oberfläche des im Preßbehälter befindlichen Teiges wird vor dem Pressen und Formen eine Haut erzeugt. Diesem Zwecke dient ein mit Aussluftöffnung versehener, hin und her zu bewegender Meß- oder Netzbekälter mit antrieb der Drosselung angebrachter Glättmasze. — Deutschland Ausgelegt am 10. Jan. 1907, Einspruchsstift bis 10. März 1907. Kl. 2 b. Carl Keppler, Augsburg, Moosstr. 12. Leigformmaschine mit Druckfuß und diejenen durchdringen den, dem wagerechten Querschnitt der Brote entsprechend ausgebildetem Messerkopf. — Kl. 2 b. Alfred Luze, Halle a. S. Metzburgerstr. 45 f. Maschine zum Formen und Abteilen feingerader Platten. — Ausgelegt am 14. Januar 1907, Einspruchsstift bis 14. März 1907. Kl. 2 b. Emil Müller, Langenberg a. Elster. Kreisende Wirk- und Formvorrichtung für Leigteig- und Abtrennemaschinen, bei welcher ein sich drehender Leigaufnahmetisch mittels Seilebholen die Wirk- und Formschließararme bewegt. — D. R. Gebrauchsmuster: Kl. 2 b. Ferdinand Thomas Jr., Künzel a. Lahn. Mengenide in Verbindung mit einer Wage 295 879. — Kl. 2 b. Otto Körner, Künzelau. Vorrichtung zum Rühren, Kreieren und so weiter mit auswechselbarer in der Antriebsachse angeordnetem Arbeitsgerät. 295 920.

## Bemerkenswertes aus den Mitgliedschaften

**Augsburg.** Am letzten Mittwoch hielt die hiesige Fachschaft im Café Herrle die statutengemäße Generalversammlung ab. Der Geschäftsbereich des Käfers meist eine Jahresentnahme von 1524,25 M. auf, der eine Ausgabe von 1356,66 M. gegenübersteht. Auf Antrag der Käfferten wurde dem Käfferten Verhältnis ertheilt. Der Vorsitzende Kollege Stäbler gab den Jahresbericht; er führt aus, daß das verflossene Jahr an Tätigkeit ein sehr reiches, aber auch günstiges für die Zahlensiede dient ein mit Aussluftöffnung versehener, hin und her zu bewegender Meß- oder Netzbekälter mit antrieb der Drosselung angebrachter Glättmasze. — Deutschland Ausgelegt am 10. Jan. 1907, Einspruchsstift bis 10. März 1907. Kl. 2 b. Carl Keppler, Augsburg, Moosstr. 12. Leigformmaschine mit Druckfuß und diejenen durchdringen den, dem wagerechten Querschnitt der Brote entsprechend ausgebildetem Messerkopf. — Kl. 2 b. Alfred Luze, Halle a. S. Metzburgerstr. 45 f. Maschine zum Formen und Abteilen feingerader Platten. — Ausgelegt am 14. Januar 1907, Einspruchsstift bis 14. März 1907. Kl. 2 b. Emil Müller, Langenberg a. Elster. Kreisende Wirk- und Formvorrichtung für Leigteig- und Abtrennemaschinen, bei welcher ein sich drehender Leigaufnahmetisch mittels Seilebholen die Wirk- und Formschließararme bewegt. — D. R. Gebrauchsmuster: Kl. 2 b. Ferdinand Thomas Jr., Künzel a. Lahn. Mengenide in Verbindung mit einer Wage 295 879. — Kl. 2 b. Otto Körner, Künzelau. Vorrichtung zum Rühren, Kreieren und so weiter mit auswechselbarer in der Antriebsachse angeordnetem Arbeitsgerät. 295 920.

Die Mitgliedschaft Düsseldorf hielt am 20. Jan. ihre Generalversammlung ab, die überaus stark besucht war. Der Vorstand konnte nur über die letzten 4 Monate Bericht erstatten, da er noch nicht länger im Amt ist. Kollege Österberg führte aus, durch die plötzliche Abreise des Kollegen Käffert nach Köln war die Mitgliedschaft eine Zeit lang ohne Vorsitzenden und mußte sich der Vorstand reorganisieren. Wir mußten alles tun, um die Mitglieder, die wir zurzeit hatten, zu sammeln und zu erhalten und das ist uns auch gelungen, wie die heutige zahlreich besuchte Versammlung beweist. Der neue Vorstand hatte beschlossen, im Laufe des Winters jeden Monat zwei Mitgliederversammlungen abzuhalten und jedes Mal einen Vortrag mit nachfolgender Diskussion stattfinden zu lassen, um die Kollegen für die gewerkschaftliche Sache zu

bilden und zu begeistern. Dies ist ausgeführt worden und mit Erfolg, denn die Versammlungen waren in den letzten Monaten besser besucht. Vorstandssitzungen hatten wir in den 4 Monaten 7 und Mitgliederversammlungen ebenfalls 7, eine öffentliche Versammlung mit dem Kollegen Hörz-Essen als Referenten die auch gut für uns verlaufen ist. In dieser Versammlung waren 8 Neuaufnahmen zu verzeichnen. Verschiedene Kollegen hatten sich beim Vorstande beschwert, daß sie so lange arbeiten mühten und daß sie auch mit zwei Mann in einem Bett schliefen. Auch hierin ist Abhilfe geschaffen worden, indem die Kollegen jetzt jeder ein Zimmer für sich allein haben. Mit der Brothabrikäderversammlung hatten wir leider keinen Erfolg, das lag aber nicht am Vorstand, sondern an der Interesselosigkeit der betreffenden Kollegen, die da sagten, uns geht es gut, wir haben keine Leistungszulage nötig und daß bei einem Wochenlohn von 24 M in dem teuren Düsseldorf-College dort gab den Kostenbericht, woraus hervorgeht, daß auch die Mitgliedschaft Düsseldorf sich der Solidarität bewußt gewesen ist, indem wir den ausgesetzten Buchbindern, dem Gewerkschaftsbund und dem Wahlzonds der Partei 17.30 M überwiesen haben und daß trotzdem ein Kostenbestand zu verzeichnen ist, wie wir ihn seit Bestehen der Mitgliedschaft noch nicht gehabt haben. Kollege Gohmann gab den Bericht vom Arbeitsnachweis und konnte von hier und erleben, daß sich das junge Unternehmen schön entwidelt, was aber nur der aufopfernden Tätigkeit der Kommission zu danken ist. Es entspann sich über den Vorstandsbereich eine längere kritische Diskussion, an der sich die Kollegen Hering, Gohmann, Hamers, Schäffrodt, Meizwald und Stodenberg beteiligten. Anregungen, welche sich aus der Debatte zeigten, wird der Vorstand zur Rücksicht nehmen. In den Vorstand wurden folgende Kollegen gewählt: als 1. Vorsitzender Österlak, als 2. Hering, als 1. Kassierer Dreher, als 2. Grobb, als 1. Schriftführer Grönemühle, als 2. Oberle, als Bevölker Schäffrodt und Coers als Kartelldelegierte Gohmann und Hering und als Revisor Gohmann und Hamers. Unter Beschiedenem wurde auf den Brothabrikädervertrieb ausserstum gewacht, daß unser Postenfest am 2. Februar bei Ederer, Friedrichstr., aufzuhindern; auch die Kollegen wurden ermahnt, die krankberechtigt sind, ihre Stimme am 25. Januar dem Arbeiterrückwander zu geben, damit endlich auch über Düsseldorf das rote Banner weht. Zum Schluß veranlaßte der Vorsitzende für ein langjähriges Mitglied, welches unverzinsdet in Rot geraten ist, eine Sonderma. die 8.45 M ergab.

Eissen a. d. R. Am 18. Sommer sind längere Gemeindevorlesungen statt. Aus dem Vorstandbericht geht hervor, daß das vergangene Jahr einer reich an Besuchernungen, Beitragszahler als auch, aber trotzdem nicht soviel wie im Quinquennium gespendet ist, was bei so viel Gemeindelungen in Erwägung gebracht werden sollte, nämlich die Erweiterung der damaligen zu dreifacher Zahl der Mitglieder. Die Gemeinde betrug 2902.61 M., die Ausgabe dagegen 2815.06 M., so daß noch ein Bestand von 87.55 M. bleibt. Aus den Wahlen gingen folgende Gelehrte hervor: Will. Schubertius als 1. und Roth als 2. Vorsitzender; L. Henn als 1. Soh. Bent als 2. Gelehrter, G. Reiter als 1. und S. Ritterbach als 2. Erzieher, Bergmann und Spiegel als Kämmerer, Haas und Bergmann als Gerichtsdelegierte, Auf. Geulen und K. Dorn als Finanzdelegierte. Unter Vermeidung eines College Reiter soll daraus sein, daß der Distriktsrabbiner nicht wieder kommt, und zwar am Sonntag abends heißt es: Ihr bei u. d. 200, und jeder sollte möglichst erscheinen usw.

**Siegfried** Die Generalsanierung fand am 17. Januar statt. Dem Gegegn- und Vorausbericht des Kollegen Stauderl liegt zu entnehmen, daß auch das verdeckte "Hilfe" Schild, implexe des jähnlichen Zahnbruches sowie der Zahnschlagschraube seitens der restituierten Verfehlungen geringeres Restaurationsmaterial benötigt. Der Vorstand erledigte keine Anträge in 38 Eisenen, 3 geweihen mit Geometrieholz und Gelehrtenholz und 2 Betonzähnenunterstützungen. Die männliche Mandibula erforderte 12 vertikale Fixierungen, 12 Abstützungsverstärkungen, 65 Segmentsanwendungen. Die männliche Maxilla erforderte 11999 Segmente (7300 gewöhnlich, 4690 hellbraungrau). Drei Brücheverbindungen werden jetzt, eine gegen die Grundfläche einer Schneidezähne, eine gegen die Schließung der seit 7 Jahren gebliebenen Verfehlung bestrebt und eine Arbeit verhindert eine Anstrengung gegen die verdeckten Einheiten in höherem Grade nach Galgen, trotz der großen Arbeitsbelastung in Abschaffung von Zähnen werden 6 betont, 2 erneuernde Vorfrühe (1 Vierzahnschraube und 1 Registrier), welche eine Größe von 121411 A erfordern und eine Größe von 248471 A einnehmen. Sanierungsarbeiten durch den

Übergangszeit vorgenommen: 173 Seiten, 151 Stück, 12 Ge-  
meinden, 159 Seiten, 21 Gemeinden, 161 Gemeinden,  
2 Gemeinden. Am 1. Januar 1997: 255 Seiten, 826  
Stück, 4 Gemeinden, 18 Gemeinden, 19 Seiten,  
545 Gemeinden, 1 Gemeinde. Die Nachbereitung  
der folgende: Zu Beginn des Bruttobetrags 35 Mit-  
glieder, einschließlich 37, zugemeldet 116, Nichtmitte 7, 63  
reduziert es 193, getrennt werden 131, übergetreten und 9.  
gründeten 1; Mitgliedsbeitrag 477. Zu Untersuchungen  
wurde eingezogen: Schiedsgerichtssitzung 1707.10 A.  
201.10 A. Sitzung 222 - A. Einberufung 50 A.  
Urgesetzgebend 20 A.; zu einem 2210.10 A. Zu Untersuchungen  
wurde 37, an bestimmten Zeiten 19.65 (16.496 ± 50 A.  
2159 ± 60 A) die Gemeindewerte festzustellen 13.545.10 A.  
Die Werte 12.914.15 A. kann verhindern ein Rechtsbelebung  
des 53.12 A. Der ehemalige Siedler mit der Ein-  
heitlich zu bestimmen den Kosten des Beitragsabrech-  
nungs und zu erneut. Diesen Kosten des Beitragsabrech-  
nungs kann ein Beitrag Zweck eingeschränkt: Zu Be-  
treiben des 3 und mehr Objekte o. von bestimmt ein  
Vereinseinheit zu errichten und beiden Werke unter-  
stehen im Rechtsvertrag absehbar. Ein Mindestbetrag  
der Mitgliedsbeitrags Siedler Frankfurt und Ober-  
hafen, ein Beitragsertrag zu einer Beitragsabrechnung  
Frankfurt u. Berg, durch einheitliche eingeschränkt:  
oder die Mitgliedsbeitrags Siedler und Siedl. am Tage vorher  
des zweiten Beitrag eingeschränkt hatten. Nach der Ab-  
sicht des Ortsvereins "Worpswede" (Gemeindeab-  
teilung des Sozialen Dienstes erhalten, damit einer zweiten  
Feststellung. Das ein zweites kommunales Siedlung zu  
erstellen im Bereich der betreffenden Siedlung, wird eine  
Reaktion Copart und ein Siedlungssatz nach Rundschit  
vorgenommen, wenn die bisherige Gemeindeabteilung ab  
1. Januar 1997 unter Beibehaltung der bisherigen Bezeich-  
nung „Siedlung des T. - Verbandes“, einen weiteren  
Siedlung führt und den Namen „Gemeindeabteilung „Worps-  
wede“ führt. Gemeindeabteilungen hat 55.3 und 15.

des Statuts vom 11. Januar 1906 werden dem Beschuß einer gemeinsamen Generalversammlung übertragen. Diese friedliche Verständigung wird ihre Wirkung zum weiteren beiderseitigen Fortschritt nicht verfehlen. Auf Antrag der Herren Dobereiner, Klingenstein und Gaukel wird der Gesamtverwaltung Deddorff erlaubt und die weitere Lageordnung auf den 30. Januar verlängert. — Vollzähliges Er scheinen Ehrenpflicht. — Am Fastnachtssonntag feiert der Gesangverein „Morgengrauen“ seinen Maskenball im Gewerbeschulhaus.

Die Mitgliedschaft Hanau hielt am 15. Januar ihre Generalversammlung ab. Die Tagesordnung lautete: 1. Jahres- und Rassenbericht Vortrag des Kollegen Gauleiters Landes. 2. Neuwahl des Vorstandes. 4. Berichtredner. Zu Punkt 1 erstattete Kollege Rentschler den Jahres- und Rassenbericht. Wie aus beiden Berichten zu ersehen ist, war die Geschäftsjahrt 1906 das beste, das die Mitgliedschaft zu verzeichnen hat. Es fanden 35 Versammlungen und 23 Sitzungen statt. Die im vorigen Frühjahr geplante Lohnbewegung musste wegen vorgetragter Sozialverschärfungen verschoben werden. Auf die Gaukonferenz enthandte die Mitgliedschaft einen Delegierten, der nach keiner Rückfrage mehr Geist und Leben in die Mitgliedschaft brachte. Am 1. Oktober wurde ein kostenloser Arbeitsnachweis für Meister und Gesellen errichtet, der jedoch bis dato noch nicht in Anspruch genommen wurde. Auch ein Diskutierclub wurde gegründet. Zu einer Dezemberversammlung wurde die Erhöhung des Lokalbeitrags um 5% einstimmig angenommen. In einem Falle wurden die Vogelverhältnisse eines Kollegen geregt. Wie aus dem Rassenbericht zu ersehen ist, wurden 35 Aufnahmen gemacht, 78 Mitglieder waren angemeldet, 28 sind abgereist. 1520 Beitragsmarken wurden verkauft. Die Einnahme betrug 860,90 M., die Ausgabe 785,37 M. An Unterstützung wurden ausbezahlt: 5 Mitgliedern Arbeitslosenunterstützung 29,50 M., 9 Mitgliedern Reiseunterstützung 27,60 M., 1 Mitglied Krankenunterstützung 39 M. Zu Punkt 2 referierte Kollege Landes über Rassenkämpfe und Rassengegenseitigkeit. Er führte den Kollegen klar vor Augen, was für feste Gegnerische zwischen Arbeitern und Unternehmern bestehen. Ferner wies er statistisch nach, was für geringe Vorteile die Arbeiter vom Kranken- und Invaliditätsgesetz haben. Nach 1½-stündigem Referat fordert er noch die wahlberechtigten Kollegen auf, dem richtigen Reichstagkandidaten Genossen Hoch, die Stimme zu geben. An der Diskussion beteiligten sich einige Kollegen. Zu Punkt 3 wurden die Kollegen Vitz als 1. Vorsitzender, Rentlicher als 1. Stellvertreter und Lippmann als Christführer, Müsse als 2. Vorsitzender, Geller als Hüttenarbeiter und Bätz und Geiß als Revizoren gewählt. Rentlicher außerdem als Parteidellegierter. Zu Punkt 4 nahm Kollege Vitz das Wort. Er mochte die Mitglieder auf die in nächste Zeit fälligende Gesellenausbildungswahl aufmerksam.

Am 14. Januar die Generalversammlung welche gut besucht war. Dieselbe umfaßte eine reichhaltige Tagesordnung. Wie aus dem Jahresbericht zu entnehmen ist, haben wir auch im vorstehenden Geschäftsjahr Fortschritte zu verzeichnen durch einen Rechtsstreit von Zeitungsarbeiten. Es fanden 11 Plenarsitzungen und 10 öffentliche Versammlungen statt. Der Berufsschaden sowie dem Käffnerer wurde einstimmig Discharge erteilt. Gauführer Lauter gab seiner Freunde Auskunft über die Tätigkeit der Homburger Kollegen. Er erinnerte an die hiesigen Zwischen-Handel- und Schuhfabriken, wo am 12. Januar sowohl die Arbeiterinnen als eine Lehrabteilung getreten sind, unter Führung des Christlichen. Mit großer Spannung wartet man auf den "großen Erfolg", der da kommen soll. Ob die bedauernswerten Verluste nach der Rohrbewegung mehr wie 1000000 Goldmark werden? Das Weihnachtsvergnügen ergab einen Ueberzahl von 44:10 A. diese wurden bei 12000000 überreichen und 10 A. der Gaufoßie. In der Sitzung wurden folgende Kollegen gewählt: 1. Vorsitzender Oberstaats-Schaller, Räumerer Gustav Schlecht, Schriftführer Leo Ritter, als Reviseuren Rudolf Weiden und Theodor Kraaf, als Gewerkschaftsdelegierter Leo Ritter. Kollege Lauter erinnert zum Schluß an die im vorstehende Reichstagssitzung und erneut die Wahlberechtigten Kollegen an ihre Pflicht. Der Vorsitzende schloß hierauf die Versammlung mit einem Hoch auf das weitere Glück unserer Mitgliedschaft.

**Sekr.** Am 20. Januar hielt die Mitgliedschaft ihre Generalversammlung ab. Nach Bekanntgabe wichtiger Einzüge und Vornahme der Ortsaufteilung wurde der Haftbericht eröffnet. Der Hauptpunkt desselben bildete die Gründung eines Arbeitsergebnis. Hierzu wurde beschlossen, eine Boden- und Müllerversammlung abzuhalten um einen Referenten zu diesem Thema bestellen zu können und dann die Ergebnisse zu ziehen. Nach Entgegennahme des Vorstand- und Rätenberichts wurde auf Antrag dem Vorstand einstimmig Deputation erteilt. Bei Verschaffung der Einverständigung wurden Vorsteher und Kassierer wiedergewählt, als Schriftführer Kollege Reißiger, als Kassierer die Kollegen Zöpfer und Schubert, als Kartelldelegierter Kollege Rosas. Zum Verbandsstag wurde Kollege Rosas als Redakteur in Borghorst gebraucht. Mit einer Appell an die Mitglieder, mit frohem Mut und fröhlichem Rhythmus die Ausflugsarbeit zu geben, wurde die Versammlung geschlossen.

Königsberg. Am 13. Sommer fand im Verbandsgebäude die Generalversammlung statt, welche unter Bezirksleiter Grigo abgehalten wurde. Aus dem Geschäfts- und Gehegebericht von 1906, der der Vorstande Trost gab, war zu ersehen, daß unsere Mitgliedschaft eines das Jahr 1905 ein gutes Resultat aufweisen konnte, aber immerhin in Königsberg nicht ausgiebig genug sei. Wie College Trost angab, bei sehr viel der Vorstand daran schuld, denn es sei hier eine gewisse Republikaner eingetreten; einige haben aus Spott vor den Grünen und brauchte wegen lange Präzesszeit ihr Amt nicht wahrschauen können, so daß die Vorsitzende einige Monate die Leitung der Mitgliedschaft übernehmen mußte. Dieses Verhalten der Mitglieder wurde ganz leidenschaftlich energisch von Grigo kritisiert; er wies ebenfalls auf die Meinungsunterschiede hin, daß dieses die beste Wahl und Rente sind, welche wir erreichen können, und unsere Mitgliedschaft nach allen Seiten hin zu stärken. In dem Bericht wurden folgende Kollegen gewählt: Trost 1. Vorsitzender, Aluf 2.: Wehrholt 1. Räumeter Birgole 2.: Zug. Kollektiv 1. Stellvertreter, Thierhart 2. und als Sekretären Sonnig und Radtke. College Grigo wünschte hier ein den unregelmäßigen Verstand auf seine Pünktchen zu ziehen gegen die Mitgliedschaft annehmbar, daß es jedoch

schlagen. Wie ist, wenn wir... zu arbeiten, niemand sollte sich scheuen vor den Krautern, falls sie mal den Tollwutansatz kriegen und vier und damal einen Kollegen auss Blaster werfen. Unter anderm verspricht der neu gewählte Vorstand alle Städte einzusehen, um hier in Königsberg mit den himmelschreitenden Miss-ständen aufzuräumen. Auch wir Königsberger Kollegen wollen mit den andern Städten mitschreiten, möge es auch noch so viel Mühe und Arbeit kosten; wir wollen mit aller Macht und Energie kämpfen, bis wir unser Ziel, unsere Freiheit, unsere Kraft und unser Logis, unsere gesetzliche Arbeitszeit erreicht haben, wie es einem Menschen gebührt. Mögen unsere Krauter auch die schlechtesten Mittel anwenden, um unsere Organisation zu vernichten. Brüder, deshalb verzagt nicht, bietet ihnen frei und offen die Stirn, zeigt ihnen, daß ihr mehr Kampfeslust besitzt und mit offenem Bissier kämpft. Nur Einigkeit führt uns zum sicherer Sieg.

In Offenbach fand am 16. Januar die Generalversammlung statt. Unter Geschäftlichem berichtete Kollege Erhardt über eine am 30. Dezember stattgefundenen gemeinsame Sitzung der Vorstandsmitglieder von Frankfurt, Offenbach und Höchst, welche sich mit der Verschmelzung der drei Mitgliedschaften zu einer Bezirksorganisation „Maingau“ beschäftigte. Kollege Lantkes erläuterte noch des eingehenden die Gründe, welche den Gauvorstand veranlaßten, diese Frage anzuschneiden. In der Diskussion waren sämtliche Redner für den Zusammenschluß. Die Abstimmung, welche mit Stimmzetteln vorgenommen wurde, ergab 30 für die Verschmelzung, 1 dagegen, 1 ungültig. Neben alle weiteren Formalitäten wird eine gemeinsame Sitzung der Vorstandsmitglieder im Bezirk entscheiden und Bestimmungen treffen. Kollege Maier erstattete hierauf den Kassenbericht für 1905, welcher eine Gesamteinnahme von 1201.93 M. eine Ausgabe von 1152.75 M. aufweist. Aufnahmen wurden 20 gemacht und 2301 Beitragssmarken verkauft. An Arbeitslosenunterstützung wurden 160.50 M. ausbezahlt. Gegenüber dem Jahr 1905 ist an den Aufnahmen und verkauften Beitragssmarken ein Rückgang zu verzeichnen. Als Ursache dieses bezeichnete Redner den während des Jahres stattgefundenen Vorstandswchsel. Die Diskussion hierüber war sehr lebhaft und allgemein wurde dem Kassierer für seine unsichtige Kassenführung Bedrängniserteilt. Der sich hierauf anschließende Kartellbericht vom Kollegen Altb. Wagner wurde ohne Diskussion entgegengenommen. Die Vorstandswahl ergab folgendes Resultat: Franz Meier 1., Heinz Ködel 2. Vorsitzender, Andr. Erhardt 1., Mayer 2. Kassierer, Böhmler 1., Zimmermann 2. Schriftführer, Pfeiffer und Schlips als Stimmbären. Bei Punkt Verschiedenes verwies Lantkes auf die statistische Aufnahme über Lohn, Arbeitszeit usw., die eine allgemeine im Bezirk „Maingau“ sein wird, bezüglich auf die wichtige öffentliche Versammlung am 29. Januar, zu welcher von allen Mitgliedern eine intensive Agitation entfaltet werden muß. Hierauf erfolgte Schluß der Versammlung. (Anm. d. Ber. Kollegen von Offenbach zeigt nun im neuen Jahr, daß es anders werden muß. Neder einzelne kann mithelfen und ist verpflichtet, den Vorstand in der Agitation zu unterstützen.)

**B a d R e i c h e n h a l l** Am 9. Januar fand in Hall-  
turm unsere Generalversammlung statt, welche von den  
Kollegen von Reichenhall und Berchtesgaden vollzählig be-  
sucht war. Nachdem der Kassierer seinen Kassenbericht,  
sowie der Vorsitzende seinen Vorstandsbereich erstattet,  
spricht Gagner in seinen Ausführungen über die Streik-  
und Lohnbewegungen und deren Erfolge in unserem Be-  
rufe im Jahre 1906, unterzieht vor aliem auch das schänd-  
liche Treiben der Christlichen sowie der Gelben einer  
starken Kritik und ermuntert die Kollegen, im neuen Jahre  
wieder fest zusammen zu stehen, als organisierte Bäcker-  
arbeiter ihre Pflicht zu erfüllen, und stets neue Mitglieder  
dem Verbande hinzuzuführen. Bei den Neuwahlen wurden  
in den Vorstand wieder die alten Vorstandsmitglieder ein-  
stimmig gewählt. Zum Schluße spricht der Vorsitzende  
Hausmann den erschienenen Kollegen von Berchtesgaden  
und Reichenhall, sowie auch dem Gauleiter Gagner seinen  
Dank aus für das ihm wieder entgegengebrachte Ver-  
trauen, und erucht den zum Schluße seines Vorstands-  
berichtes ausgesprochenem Wunsche nachzukommen, ihn im  
neuen Jahre in seiner Arbeit zu unterstützen. fleißig  
ihr Fachblatt sowie Partieblätter, welche nur die Arbeiter-  
interessen vertreten, zu lesen, denn nur so können sie ehr-  
liche und exprobte Kämpfer werden in den Reihen der  
modernen Arbeiterbewegung.

Die Mitgliedschaft Rosenheim hält am 8. Jan.  
ihre Generalversammlung ab. Der bisherige Vorsitzende  
eröffnete die gut besuchte Versammlung und erstattete hier-  
an den Kassen- und Geschäftsbericht. Die Mitgliedschaft  
hatte eine Aufnahme von 73 Mitgliedern zu verzeichnen  
und einen Umlauf von 2695 Marken. Die Gesamteinnahme  
betrug im vergangenen Jahre 1394.80 M. wovon 1145.50  
Mark an die Hauptfasse abgeliefert sind. In Unterstützung  
wurde insgesamt ausbezahlt 253.30 M. Hieraus gab uns  
Gaguer einen kurzen Überblick über die Lohnbewegungen  
im ganzen Bayern für das Jahr 1906 und schloß mit dem  
Wunsch, auch im kommenden Jahr in der begonnenen Asso-  
ziation fortzufahren. In der Ausschussswahl wurden gewählt:  
Wandiger als Vorsitzender, G. Teigl als Kassierer und  
Steinöts als Schriftführer; als Abgeordnete Kunertreicht  
und Schreiner. Die Kollegen Tunst und Städter wurden  
als Kartellsdelegierte gewählt.

H u d o l s t a d t. Die am 13. Januar stattgefundenen Hauptversammlung war sehr mässig besucht. An Stelle des Gauleiters Koll. Nahl, welcher verhindert war, war Koll. Neumann vom Gauvorstand erschienen. Der Vorstehende erstattete den Jahresbericht; zugleich gab der Kassierer den Kassenbericht, aus demselben ging hervor, daß im Laufe des Jahres 27 Mitglieder aufgenommen und 806 Marken verbraucht wurden. Die Einnahmen betrugen insgesamt 430.96 M., die Ausgaben 413.73 M. sodass am Schluß des Jahres 17.23 M. hoher Kassenbestand verblieb. Der alte Vorstand wurde wiedergewählt. Ferner wurde die Anschaffung eines Escrancis beschlossen. Hierauf ermahnte Kollege Neumann die anwesenden Kollegen, in dem angefangenen Jahre wieder tüchtig für die Ausbreitung des Verbundes zu agitieren, damit auch in hiesiger Gegend für unsere Kollegen bessere Verhältnisse geschaffen werden können und gab noch einige Würfe, wie dieses am besten geschehen könnte. Einige Lokalangelegenheiten wurden so dann noch erledigt und hierauf die Versammlung vom Vorstehenden mit dem Wunsch geschlossen, daß jeder Kollege treu zum Verbunde halte und auch für die Ausbreitung sein möglichstes tun möge.